Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Donnerstag, den 19. August 1920 · Nummer 338 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,60 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510 4602, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die „Wacht am Rhein" in Oberschlesien

Ueber die Vorgänge in Kattowitz und in Rybnik sind wir bisher nur durch offiziöse Telegramme unterrichtet worden, so daß sich ein unbeeinflußtes Bild von den Vorgängen noch nicht gewinnen läßt. Fest steht vorläufig, daß es nur in diesen beiden Orten zu Zusammenstößen gekommen ist und daß keine Rede davon sein kann, daß ganz Oberschlesien an den Ereignissen beteiligt ist. Es hat auch nicht den Anschein, als ob die Erregung auch an anderen Orten zu Ausbrüchen führen wird, zumal Mittwochmittag bekanntgegeben wurde, daß der deutschen Regierung von der interalliierten Kommission bestimmte Zusagen über die Sicherung der deutschen Neutralität gegenüber den Kriegführenden auch in Oberschlesien gegeben worden sind.

Man muß sich in Erinnerung zurückrufen, daß die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien vornehmlich im eigentlichen Industriegebiet und auch da nur in den größeren Orten wohnt, während der landwirtschaftliche Teil Oberschlesiens und die Industriesiedlungen im übrigen Gebiet eine polnische Bevölkerungsmehrheit aufweisen. So ist es durchaus verfehlt anzunehmen, daß die Ereignisse in Kattowitz die Stimmung der ganzen oberschlesischen Bevölkerung widerspiegeln; es ist sehr töricht, wie es die rechtsstehende Presse jetzt tut, den Glauben zu erwecken, als ob sich jetzt die ganze oberschlesische Bevölkerung gegen Polen und gegen „die französische Fremdherrschaft" erhoben habe. Zuzugeben ist, daß die nationalistischen Kreise die jüngsten Vorkommnisse für ihre Zwecke ausschlachten wollen, daß sie insbesondere die Gelegenheit zu benutzen trachten, die Demonstration der Arbeiter und Beamten für die Wahrung der deutschen Neutralität im Kampfe zwischen Sowjetrußland und Polen in eine Kundgebung für den alldeutschen Nationalismus umzulügen. Bezeichnend ist es, daß, wie Wolffs Bureau gestern früh meldete, in Kattowitz größere und kleinere Trupps die Straßen unter dem Gesange der Wacht am Rhein durchzogen haben.

Die in den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien vereinigten Arbeiter und Beamten hatten beschlossen, gemäß den Kundgebungen der Zentralvorstände, über die Wahrung der Neutralität in Oberschlesien zu wachen. Es sind Eisenbahnzüge aufgehalten worden, in denen Soldaten und Kriegsmaterial befördert wurden und bei denen der Verdacht bestand, daß sie zur Unterstützung der polnischen Armee bestimmt waren. Um ihren Forderungen auch nach außen den notwendigen Nachdruck zu verleihen, veranstalteten die Organisationen Straßenkundgebungen. Es ist aus den bisherigen Meldungen noch nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob die französische Kavallerie in Kattowitz bereits gegen diese Kundgebungen vorgegangen ist oder ob sich dort der Zusammenstoß erst nach Beendigung der Arbeiter- und Beamtenumzüge ereignet hat. Fest steht nach allen bisherigen Meldungen, daß nationalistische Kreise nunmehr die Gelegenheit wahrgenommen haben, um gegen die Polen und gegen die französische Besatzung einen Streich zu führen. Ob die Arbeiter die Gefahr, zu Zwecken mißbraucht zu werden, die ihnen sonst fern liegen, rechtzeitig erkannt haben, ist vorläufig nicht ersichtlich.

Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit mit aller Bestimmtheit erklären und wir wissen uns darin in völliger Uebereinstimmung mit unseren Gesinnungsgenossen in Oberschlesien, daß die Arbeiter es ablehnen, mit den alldeutsch-nationalistischen Elementen an einem Strange zu ziehen und sich gar von ihnen in eine Revanchestimmung hineintreiben zu lassen. Das oberschlesische Proletariat hat nicht dafür demonstriert, daß durch kriegerische Handlungen, entgegen dem Willen der Bevölkerung, das oberschlesische Gebiet bei Deutschland erhalten bleibe, sondern es verlangt von den französischen Militärs, ebenso wie wir von der deutschen Regierung verlangen, daß in dem Kriege zwischen Rußland und Polen vollkommene Neutralität bewahrt bleibe. Die Arbeiter Oberschlesiens lehnen es ab, dort die „Wacht am Rhein" zu halten, so wie es sich die nationalistischen Kreise vorstellen.

Eine interalliierte Darstellung

Kattowitz, 18. August.

Von der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln wird über die gestrigen Vorgänge folgende Darstellung gegeben:

Den Anlaß zum Vorgehen der Kavallerie bot die Verwundung zweier Jäger durch die Menge, wobei der eine leichter verletzt wurde. Die Menge stürzte sich auf die Jäger und mißhandelte sie, weshalb sich die Kavallerie zum Schutze des Lebens der beiden Jäger in Vormarsch setzte. Der Sicherheitspolizei war es inzwischen gelungen, die beiden Jäger zurückzubringen, von denen der eine einen Kopfschuß aufweist. Rittmeister L'Allane, der ebenfalls den bedrängten Jägern zu Hilfe kommen wollte, wäre um ein Haar von der wütenden Menge gelyncht worden, nur der Umstand, daß einige Personen, die ihn kannten, der Menge zuredeten, rettete ihm das Leben. Inzwischen war eine große Schar in die Sedanstraße eingedrungen und versuchte in die Friedrichstraße einzudringen. Zugleich drängten auch die Massen aus der Friedrichstraße vorwärts und drückten die Soldaten und die Sicherheitswehr immer mehr an das Haus der Interalliierten Kommission. Plötzlich fiel aus einem Hause schräg gegenüber der Kommission ein Schuß und durchbohrte ein Fenster. Kurz darauf wurde eine Handgranate aus derselben Richtung geworfen, die schweren Schaden unter den Demonstranten angerichtet haben dürfte. Daraufhin feuerte der Posten vor dem interalliierten Gebäude aus eigener Initiative einige Schüsse ab. Es entstand zwar eine kleine Panik, doch kehrte die Menge bald wieder vor das Haus der Kommission zurück.

Ueber den Tod des Sanitätsrats Dr. Milecki wäre zu berichten, daß dieser in Gegenwart des Majors Hiehrberg drei Verwundete verband. Bei dieser sanitären Tätigkeit wurde er von der fanatisierten Menge angefallen und schwer mißhandelt. Die Fußbodenbretter des Krankenwagens wurden aus dem Wagen herausgerissen und Dr. Milecki damit erschlagen.

In später Nachtstunde staute sich eine riesige Menschenmenge erneut vor dem Hause der Kommission. Es wurden im Laufe der Nacht wiederholt aus den schräg gegenüberliegenden Häusern auf das Gebäude der Kommission Schüsse abgegeben; auch Sprengstoffe wurden benutzt, die aber wirkungslos und ohne Schaden anzurichten im Garten explodierten. Inzwischen kam die Nachricht, daß der Posten am Bahnhof (20 Mann) heftig angegriffen wurde und bereits einen Toten und einen Verwundeten habe. Daraufhin ging eine Kompagnie zur Hilfeleistung nach dem Bahnhof ab. Sie wurde aber auf dem Wege dorthin von einem wahren Trommelfeuer von Handgranaten und Gewehrschüssen überschüttet. Erst mit Morgengrauen nahm die Schießerei ihr Ende.

Auf seiten der alliierten Truppen sind an Verlusten zu verzeichnen: zwei Tote und ein schwer verletzter Soldat, sowie zehn leichter Verwundete.

Eine offiziöse Darstellung

Berlin, 18. August.

Von offiziöser Stelle wird über die Ereignisse in Oberschlesien folgende Darstellung gegeben: Der Zwischenfall in Oberschlesien entstand dadurch, daß am Sonntag in Gleiwitz ein französischer Militärtransport anlangte, der von der Bevölkerung zwecks Durchsuchung auf Waffen und Munition für Polen angehalten wurde. Die erhebliche Erregung, die sich der Bevölkerung bemächtigt hatte, führte schließlich zu Demonstrationen, die immer stärker anwuchsen, so daß am Montag um 12 Uhr auf ein gegebenes Zeichen hin alle Werke still lagen. Die Arbeiterschaft, verstärkt durch die bürgerliche Bevölkerung, war auf die Straße gegangen. An einer Stelle fand eine Riesendemonstration statt, an der sich über 45 000 Personen beteiligten. Im allgemeinen sind diese Demonstrationen ruhig verlaufen. Nur in Kattowitz und in Rybnik ist es zu Zusammenstößen gekommen.

In Kattowitz wurden sie durch das übereilte Eingreifen des französischen Militärs hervorgerufen. Die Demonstrationen der deutschen Bevölkerung wurden von polnischen Stoßtrupps gestört. Es entstanden dadurch Zusammenstöße, bei denen das französische Militär durch Maschinengewehrfeuer eingriff. Die Menge setzte sich zur Wehr. Bei dem sich entspinnenden Kampfe wurden auf französischer Seite neun Mann getötet, während die Deutschen 22 Tote zu beklagen hatten. Unter den Opfern befindet sich auch der Führer der Sicherheitswehr in Kattowitz, Major von Kleist, der von drei Schüssen durchbohrt wurde. Die Arbeiterschaft verlangte gestern abend die Zurückziehung und Entwaffnung der französischen Besatzung. Der französische Führer hat diese Forderung abgelehnt. Heute morgen sind neue Ansammlungen gemeldet worden.

In Rybnik ist es nicht zu so schlimmen Zusammenstößen gekommen, da dort das Besatzungsmilitär sich zurückzog. Polnische Stoßtrupps versuchten unter Führung des polnischen Agitators Rozainski die deutschen Versammlungen zu sprengen, sie wurden aber zurückgewiesen und gerieten selbst in Bedrängnis, so daß Rozainski von einem Offizier der Sicherheitswehr persönlich geschützt werden mußte.

Sicherstellung der Neutralität

Offiziös wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung seit mehreren Tagen mit der Interalliierten Kommission in Oppeln in Verhandlungen über die Wahrung der Neutralität im oberschlesischen Abstimmungsgebiet steht. Die Interalliierte Kommission hat versichert, daß sie Truppen der kriegführenden Mächte, die etwa die Grenze überschreiten sollten, entwaffnen und internieren würde, und daß sie auch jede Unterstützung der kriegführenden Mächte aus dem Abstimmungsgebiet heraus oder durch das Abstimmungsgebiet hindurch, z. B. Zufuhr von Munition, Rekrutierung usw., verhindern würde.

An die Proletarier Groß-Berlins

Arbeiter, Angestellte!

Die Ereignisse auf dem polnischen Kriegsschauplatze und die Treibereien der militaristischen Cliquen in allen Ländern haben die kriegerische Spannung und die äußeren Gefahren enorm gesteigert. Zu gleicher Zeit haben die

Rüstungen der deutschen Konterrevolution

auch die innerpolitische Situation mit neuem Konfliktsstoff erfüllt und die Gefahr schwerer innerer Kämpfe in den Vordergrund gerückt.

Während die Imperialisten der Entente, trotz äußerer Friedensgeneigtheit, nach wie vor den Krieg gegen Sowjetrußland nähren und auch davor nicht zurückschrecken würden, Deutschland zum

Schauplatz eines neuen Krieges

zu machen, sind die deutschen Militaristen fieberhaft am Werke, um die gespannte äußere Situation für ihre nationalistischen Zwecke auszunutzen und sich wieder zu unumschränkten Herren über das deutsche Proletariat zu machen.

Die Imperialisten der Entente, vor allem Frankreichs, lassen kein Mittel unversucht, um den Friedensschluß im Osten zu verhindern und eine neue

Kampffront gegen Sowjetrußland

aufzurichten. Sie stärken den Willen der polnischen Kriegspartei, indem sie ihr den Rücken gegen das polnische Proletariat und gegen Sowjetrußland steifen und ihr jegliche Hilfe zuteil werden lassen. Sie wühlen in Südrußland, in Ungarn, in Rumänien, in der Tschechoslowakei, um neue Kampfstellungen gegen Sowjetrußland aufzurichten und Stützpunkte für eine neue Operation großen Stiles zu schaffen. Sie spinnen Fäden auch zu den deutschen Imperialisten, zu den Ludendorff, Hoffmann und Konsorten, um auch die Mitwirkung Deutschlands für einen neuen Feldzug gegen Sowjetrußland zu erlangen.

Die deutschen Militaristen verfolgen mit äußerster Spannung den Gang der kriegerischen Ereignisse, aus denen sie Kapital für sich zu schlagen hoffen. Für sie ist die deutsche Neutralitätserklärung nur leerer Schein, den sie jederzeit preiszugeben bereit sind, wenn es ihnen vorteilhaft erscheint. Sie schüren offen und insgeheim, in mannigfacher Verkleidung, den nationalistischen Gedanken. Sie spekulieren auf eine

„nationale Einheitsfront",

um gestützt auf eine neue Massenpsychose sich wieder zu „Führern" des Volkes aufschwingen zu können und in einem neuen Krieg den deutschen Militarismus wieder in den Sattel zu heben. Nationalistische und nationalbolschewistische Propaganda gehen hier Hand in Hand mit der geheimen Aufrüstung der militärischen Konterrevolution, die sich in der „Orgesch" eine jederzeit schlagbereite Organisation geschaffen hat.

Gegen alle diese inneren und äußeren Gefahren gilt es nun die breiten Massen des Proletariats aufzurufen. Die deutsche Arbeiterklasse hat bereits in ihrer Gesamtheit den Kampf um die Aufrechterhaltung der Neutralität, den Kampf gegen die Kriegsgefahr, den Kampf gegen die nationalistische Bourgeoisie aufgenommen und alle ihre Kraft darauf gerichtet, die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen zu unterbinden. Sie hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Aufrechterhaltung der staatsrechtlichen Neutralität Deutschlands — die keineswegs gleichbedeutend ist mit der proletarischen Neutralität gegenüber der Revolution im Osten —, in diesem Augenblick

die beste Unterstützung Sowjetrußlands

sei. Ihre Aufgabe ist es zugleich, die eigene Bourgeoisie niederzuhalten, um die internationale revolutionäre Bewegung zu fördern.

Spannt die Arbeiterklasse nicht ihre ganze Wachsamkeit und Tatbereitschaft an, so kann die Situation plötzlich eine ungeheuere Verschärfung erfahren. Mehr denn je gilt es deshalb, sich nun über die

Gefahren der Stunde

Rechenschaft abzugeben und sich zu wappnen mit klarer Einsicht der Verhältnisse und kühnem, leidenschaftlichem Willen zur Verwirklichung der proletarischen Aufgaben.

Wir fordern deshalb die breiten Massen des arbeitenden Volkes Groß-Berlins auf, sich an den Versammlungen zu beteiligen, die unsere Partei, morgen, Freitag abend, veranstaltet. Diese Versammlungen müssen zu einer Heerschau des klassenbewußten Proletariats Groß-Berlins werden, in denen der Wille zur Geltung kommen soll, mit allen dem Proletariat zur Verfügung stehenden Mitteln die Pflichten der internationalen Solidarität zu erfüllen.

Auf zum Kampf gegen die Kriegstreiber!
Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Der geschäftsführende Ausschuß des Bezirksverbandes USPD. Berlin-Brandenburg

Die Außerordentliche Arbeiterkonferenz in England

Einig zur Abwehr der Kriegsgefahr

Am Freitag, den 13. August, fand im englischen Unterhaus eine außerordentliche Arbeiterkonferenz statt, über die wir schon kurz berichteten, um zur drohenden Kriegsgefahr Stellung zu nehmen. Nach dem Daily Herald hatte die Beratung folgenden Verlauf: Es waren 1044 Delegierte anwesend, von denen 689 die Gewerkschaften und 355 die Arbeiterparteien und sozialistischen Organisationen, im ganzen über 6 Millionen Arbeiter vertraten. Adamson, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, leitete die Konferenz. In seiner Begrüßungsansprache betonte er, daß niemals in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung eine Konferenz von solch weittragender internationaler Bedeutung stattgefunden hat. Die Situation in Europa erscheine so ernst und die Kriegsgefahr so nahe, daß beschlossen wurde, die Arbeiter Englands zusammenzurufen.

Wenn jemals eine Körperschaft, die Arbeiter vertrat, ihren Namen verdiente, so war es der Aktionsrat. Er hat die öffentliche Meinung des Landes so wirksam beeinflußt, daß er die gegenwärtige Regierung von dem schlüpfrigen Wege zurückgehalten hat, der zu einem neuen europäischen Kriege geführt hätte. Adamson griff den gegenwärtigen Kriegsminister Churchill heftig an, dessen Vorgehen er als unheilvoll und gefährlich bezeichnete. Es sei jetzt nicht die Frage, ob die russische Regierung tugendhaft oder lasterhaft sei. Die Arbeiter sind vor allem daran interessiert, ob England in eine Politik der Ungewißheit und der Einmischung hineingetrieben wird. Der Ministerpräsident hatte im Unterhause erklärt, daß wir bereit sein müßten, die Unabhängigkeit Polens zu sichern. Adamson erinnerte an die Erklärung der Sowjetregierung vom 28. Januar über die polnische Unabhängigkeit, die der Ministerpräsident Lloyd George nicht bekannt gegeben hat. Weiter hat die höchste Institution der Sowjetregierung, das allrussische Zentralexekutivkomitee dem polnischen Volke eine Erklärung abgegeben, die bestimmt war, jeden Zweifel in dieser Beziehung zu zerstreuen. Die Unabhängigkeit Polens war niemals in Frage gestellt, und kein kluger Staatsmann, der wirklich den Frieden wünscht, kann auf Grund einer so oberflächlichen Hypothese kriegerische Maßnahmen in Betracht ziehen. Finstere Kräfte sind am Werke, einen Krieg mit Rußland zu entflammen und die Regierung, statt diese Bewegung zu unterdrücken, steuert dem Abgrunde zu. Die Arbeiterbewegung des Landes ist entschlossen, keinen Krieg mit Rußland zu dulden. Wir erklären der Regierung bestimmt und kategorisch, daß wir gegen eine solche Politik sind, und daß wir alle Schritte unternehmen werden, um sie zu verhindern.

Dann gab Ernest Bevin den Bericht über die Lage, die zur Einberufung der Konferenz geführt hatte. Die Regierung hat in dieser Frage eine zweideutige Haltung eingenommen. Auf der einen Seite machte sie Anstrengungen, die Sowjetregierung anzuerkennen, auf der anderen Seite wandte sich der Kriegsminister an unseren alten Feind Deutschland, mit dem sie niemals wieder sprechen wollte, ihnen zu helfen, Rußland niederzuschlagen. Bevin erklärte unter lautem Beifall, daß er von den Führern der französischen Arbeiterbewegung die Versicherung erhalten habe, daß auch sie beabsichtigen, einen nationalen Arbeiterrat einzusetzen, um die französische Regierung daran zu hindern, Rußland mit Krieg zu überziehen. Die englische Arbeiterbewegung ist gegen jede Form von Krieg mit Rußland und würde die Lieferung von Munition und Kriegsmaterial an irgendeinen der Feinde Rußlands zu verhindern wissen. Der Aktionsrat wird solange auf dem Posten bleiben, bis der Friede gesichert ist.

J. R. Clynes sprach im Namen der Parlamentsfraktion. Wenn der Völkerbund den Krieg nicht verhindern könne, so müssen die Arbeiter die Zügel ergreifen. Es gäbe keine Rechtfertigung für eine englische Intervention, da die Unabhängigkeit Polens gesichert ist.

J. H. Thomas (Eisenbahnarbeiter) begründet eine Resolution, in der die Bildung des Aktionsrates, zusammengesetzt aus den drei Vertretungskörperschaften der Arbeiter, gebilligt und derselbe beauftragt wird, in der gegenwärtigen Lage die Führung zu übernehmen. Die Verantwortung für irgendwelche Maßnahmen müßte einer Körperschaft übertragen werden, die die gesamte Arbeiterbewegung umfaßt. Wenn es die Umstände erfordern, müßte eine direkte Aktion von der Gesamtarbeiterschaft unternommen werden. Er habe immer die direkte Aktion bekämpft, da er geglaubt habe, durch parlamentarische Methoden zum Ziele zu kommen. Aber heute müsse er sagen, daß keine Abstimmung einen Krieg verhindern könnte, und daß keine parlamentarische Aktion das vollbringen könnte, was von der Arbeiterschaft gefordert wird. Die Lage ist so gefährlich und verzweifelt, daß nur verzweifelte und gefährliche Methoden einen Ausweg schaffen können. Durch die Annahme der Resolution werden die Arbeiter nicht zu einem bloßen Streik verpflichtet. Diese Resolution bedeutet eine Kampfansage an die Verfassung des Landes. Minutenlanger begeisterter Beifall folgte dieser Erklärung.

A. G. Cameron von der Holzarbeitergewerkschaft unterstützte die Resolution Thomas und erklärt, daß die 150 000 Holzarbeiter seines Verbandes sofort dem Rufe des Arbeiterrates folgen würden.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf die Delegierten aufsprangen und spontan die Rote Fahne sangen.

W. H. Hutchinson, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft, unterbreitete die prinzipielle Resolution (abgedruckt in der Morgenausgabe der „Freiheit, Dienstag, den 17. August, 1. Spalte). Wenn Frankreich nicht bereit ist, Frieden mit Rußland zu schließen, so müssen wir darauf sehen, daß es England in dieser Beziehung nicht im Wege steht.

Nachdem noch J. W. Bowen von der Postangestelltengewerkschaft, Robert Williams von der Transportarbeiterorganisation kraftvolle Worte der Entschlossenheit und des festen Willens gesprochen hatte, mit allen Mitteln einen Krieg zu verhindern, erhob sich der greise Führer der englischen Bergarbeiter, Robert Smillie, der dem englischen Kriegsminister Winston Churchill den Dank aussprach, **daß er die englische Arbeiterbewegung so geeinigt hatte und er hoffe, daß diese Einigkeit anhalten werde.** Wir dürfen Frankreich in keiner Weise in dem Bemühen unterstützen, diesen Krieg gegen Rußland zu führen. Wenn es Frankreich und Wrangel gelingt, Rußland die Kohlenzufuhr abzuschneiden, werden wir uns dann in Frankreich einmischen, wenn wir mit der Kohlenzufuhr an Frankreich aufhören? Würde das von Frankreich als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden, wenn die englischen Bergarbeiter in Ausführung des Beschlusses dieser Konferenz sich weigern würden, Kohlen für Frankreich zu fördern, oder die Eisenbahner sich weigern würden, Kohlen nach Frankreich zu verladen? Frankreich muß auch mit der Aktion der französischen Bergarbeiter rechnen, die sich gleichfalls auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß verpflichtet hatten, sofort die Arbeit einzustellen, wenn irgendeine Nation einen ungerechtfertigten Krieg erklärt. **Keine Regierung, kein Churchill, keine Macht kann der Kraft der organisierten Arbeiterschaft widerstehen**

Auch diese Resolution wurde unter begeistertem Beifall einstimmig angenommen. Zum Schluß unterbreitete Harry Gosling einen Antrag, der dem Aktionsrat vollständig freie Hand inbezug auf die nächsten Aktionen gibt und das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beauftragt, die finanziellen Mittel für den Aktionsrat durch ein Umlageverfahren auf die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen herbeizuschaffen.

Mit dem Absingen der Internationale wurde diese denkwürdige Konferenz geschlossen.

Amsterdam, 18. August.

Allgemeen Handelsblad meldet aus London: Der Aktionsausschuß hat beschlossen, im Kriegsfalle lediglich die Betriebe, die für die Kriegführung notwendig sind, still zu legen und den anderen Betrieben zu gestatten, die Arbeit fortzusetzen, damit nicht die Nation der Lebensmittel und anderer Lebensnotwendigkeiten beraubt wird.

Das russische Friedensprogramm

Rußland wünscht den Frieden

HA. London, 18. August.

Der Korrespondent des „Daily Herald" stellt fest, daß die polnische Delegation am 16. August in Minsk eingetroffen ist. Dapischewski, der Führer der russischen Abordnung, hatte mit dem Korrespondenten eine Unterredung. Er erklärte ihm, alle Sitzungen der Friedenskonferenz würden öffentlich sein, entsprechend dem Grundsatze der offenen Diplomatie, der von der Sowjetregierung verfolgt wird. Wir haben, sagte er, keinerlei Absicht, das Versailler Geheimverfahren nachzuahmen, noch nach Versailler Muster den Frieden zu diktieren. Wir wollen aufmerksam auf alle polnischen Argumente hören und hoffen, daß wir die bereits veröffentlichten Friedensbedingungen beibehalten können, da wir nicht die Absicht haben, irgendwelche verständigen Aenderungen, die von der Gegenseite verlangt werden sollten, abzulehnen.

Rußland wünscht ehrlich den Frieden und wird sein Möglichstes tun, um die Verantwortung für ein Mißlingen der Konferenz nicht tragen zu müssen. Die Hauptgrundsätze der russischen Politik gründen sich auf eine vollständige Anerkennung von Polens Unabhängigkeit und seiner Souveränität. Wir wollen jedwede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens vermeiden. Die wichtigsten Punkte betreffen lediglich die Sicherheiten, die wir gegen agressive Pläne Polens verlangen müssen. Keinerlei neue Forderungen werden den bereits veröffentlichten hinzugefügt werden. — Der Korrespondent des „Daily Herald" fügt hinzu, daß der Wunsch nach Frieden von seiten der russischen Bevölkerung ebenso aufrichtig wie intensiv ist.

Die militärische Lage

Königsberg i. Pr., 18. August.

Die Eisenbahnlinie Deutsch-Eylau—Thorn überschreitend haben bolschewistische Truppen Lessen und Rehden erreicht. Südlich von Bischofswerder ist russische Kavallerie aufgetreten. Graudenz wird mit Hilfe der Zivilbevölkerung beschleunigt armiert. Der Bahnhof Wloclawek liegt unter russischem Artilleriefeuer. Südwestlich von Ciechanow ist der Entlastungsstoß des polnischen Nordflügels zum Stehen gebracht. Ciechanow ist in den Händen der Bolschewisten. An der Nordostfront von Modlin und der Ostfront von Warschau halten starke bolschewistische Angriffe an. Der Gegenstoß des polnischen Zentrums aus der Linie Warschau—Zwangorod und der Flankenstoß nördlich des Oberlaufes der Wieprz gewinnen an Boden. Kämpfe bei Nowo Minsk, nördlich von Zelechow und bei Lukow. An der Südfront örtliche Kampfhandlungen.

Die Lage vor Warschau

DA. **Kopenhagen**, 18. August.

Die Sowjetmeldungen über die Einnahme von Warschau scheinen stark verfrüht. Die Schlacht um Warschau geht mit größter Heftigkeit weiter und ist noch immer unentschieden. Auf der Ostseite Warschaus hat es furchtbare Nahkämpfe gegeben. Die Russen haben unter unerhörten Anstrengungen nunmehr schwere Artillerie herangeführt und in Stellung gebracht. Die Beschießung Warschaus soll jetzt beginnen und fortgesetzt werden, bis die Stadt gefallen ist.

Beginn der Minsker Verhandlungen

London, 18. August (Reuter.)

Eine heute in London eingetroffene Moskauer amtliche Meldung besagt: Die russisch-polnische Waffenstillstandskonferenz ist gestern abend 7 Uhr eröffnet und auf heute vertagt worden.

Die Haltung Frankreichs

DA. **Paris**, 18. August.

Von amtlicher französischer Seite wird mitgeteilt, daß die Nachrichten, wonach die französische Regierung den Polen angeraten haben soll, die russischen Waffenstillstandsbedingungen zurückzuweisen, nicht zutreffen. Die französische Regierung habe lediglich ihrem sehr verständlichen Willen Ausdruck gegeben, daß die russischen Bedingungen die politische Unabhängigkeit Polens nicht antasten dürfen. Die Grenzen Polens seien durch den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt worden und Frankreich werde es nicht dulden, daß die Abmachungen des Vertrages von Versailles in irgendeiner Weise angetastet würden. Trotzdem haben aber die Polen aus dieser Erklärung der Pariser Regierung neuen Mut geschöpft, sowie auch daraus, daß die polnischen Heere bei Warschau einige Erfolge erzielen konnten und die polnischen Delegierten zeigen deshalb in Minsk eine recht unversöhnliche Haltung. Ministerpräsident Millerand ist durch den Einmarsch der Russen in den polnischen Korridor und durch die starke Bedrohung der Festung Graudenz sehr beunruhigt und hat erklärt, daß die dadurch geschaffene neue Lage eine andere Stellungnahme der Alliierten dringend erfordere.

Kein Kredit für Polen

Paris, 18. August.

Nach einer Havasmeldung aus Washington weigert sich die amerikanische Regierung, den für Polen bestimmten Anteil an einem bewilligten Kredit von 250 Millionen Dollar auszuzahlen, weil die Vereinigten Staaten sich nicht mit Sowjetrußland im Krieg befänden und infolgedessen auch nicht in der Lage seien, Polen in diesem Augenblick einen Kredit zu bewilligen.

Danzig neutral

Danzig, 18. August.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Verfassunggebenden Versammlung hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Oberkommissar Sir Reginald Tower zu ersuchen, in dem Kriege zwischen Rußland und Polen für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig die strenge Neutralität zu erklären und hiervon den beteiligten Mächten unverzüglich Kenntnis zu geben. Der Beschluß ist in Abwesenheit der Vertreter der Polen und gegen die Stimmen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gefaßt worden. Auf Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist die verfassunggebende Versammlung zu Freitag, den 20. August, zu einer Vollsitzung einberufen worden mit dem einzigen Punkte der Tagesordnung: Besprechung der außenpolitischen Lage.

Die sozialistische Kammerfraktion in Paris

Paris, 18. August.

Zu der Forderung der sozialistischen Kammerfraktion, die Kammer sofort einzuberufen, wird berichtet, daß die Fraktion einstimmig beschlossen habe, sofort eine Interpellation über die Ausweisung der englischen Delegierten einzubringen, sowie eine Interpellation über die ungesetzliche Haltung der Regierung gegenüber der russischen Revolution. In Verfolg dieser Interpellationen wird die sozialistische Kammerfraktion verlangen, daß die Ministerien Clemenceau und Millerand in Anklagezustand versetzt werden.

Bedingte Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages führte gestern in eingehenden und teilweise heftigen Diskussionen die Beratungen über die Fleischwirtschaft zu Ende. Alle Einwände, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine erhebliche Verteuerung bringe, daß die Massen sich das Stückchen Fleisch nicht mehr werden kaufen können, blieben unberücksichtigt. Der Magistrat Berlin hatte in letzter Stunde eine Eingabe an den Ausschuß gerichtet, daß er jede Verantwortung für die Versorgung Berlin mit Fleisch ablehnen müsse, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft seine Mastverträge gefährde. Auch diese Gründe blieben unberücksichtigt, die Mehrheit blieb entschlossen, die von ihr systematisch unterhöhlte Zwangswirtschaft jetzt ohne jede Rücksicht restlos zu beseitigen.

Bei der Abstimmung aber gelang es trotzdem, ihnen einen Riegel vorzuschieben, der ihren Absichten sehr unangenehm werden dürfte. Der Minister hatte die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch zum 1. Oktober u. a. von der Schaffung einer Brotgetreidereserve von 2 Millionen Tonnen abhängig gemacht. Diese Voraussetzung hatten die Rechtssozialisten zu einem förmlichen Antrag formuliert, der mit Hilfe einiger Zentrumsabgeordneter zur Annahme gelangte, so daß die gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen endgültig angenommene Entschließung dadurch folgenden Wortlaut erhielt:

„Die Zwangsbewirtschaftung für Fleisch wird spätestens bis zum 1. Oktober aufgehoben; die Einfuhr von Futtergetreide, insbesondere von Mais, soll sofort freigegeben und das Reichsfinanzministerium ersucht werden, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um durch eine Verbilligung des Mais eine ausreichende Ernährung des Viehs zu ermöglichen und die Verfütterung des Brotgetreides zu vermeiden. Das Reichsernährungsministerium soll alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum 1. Oktober etwa 2 Millionen Tonnen Brotgetreide zu sichern, **und es ist nur dann die Freigabe der Viehwirtschaft zu empfehlen, wenn diese Sicherung erreicht ist.**"

Durch diesen Antrag ist der Wille des Volkswirtschaftlichen Ausschusses unzweideutig festgestellt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh nur dann erfolgen darf, wenn die zur Sicherung der Getreideversorgung der Bevölkerung nötige Reserve von 2 Millionen Tonnen bereits vorhanden ist. Etwaige Versuche, die Zwangswirtschaft bereits dann vollständig aufzuheben, wenn diese Reserven erst in Aussicht stehen, wären sowohl mit dem Wortlaut als auch dem Sinn des gefaßten Beschlusses unvereinbar.

Ferner wurde eine Entschließung angenommen:

„die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Freigabe der Fleischbewirtschaftung im Inlande dafür zu sorgen, daß bei der Reichsfleischstelle dauernd die Gestaltung der Einfuhr von Fleisch überwacht wird und die Einfuhrmengen an die Hauptbedarfsstellen geleitet werden. Wir sprechen ferner die Erwartung aus, daß auch künftig in den Hauptbedarfsgebieten Auslandsfleisch, nachdem es aus Reichsmitteln verbilligt ist, ausgegeben wird."

Die Vertreter des Handels hatten hierbei Versuche unternommen, den Großhandel wieder einzuschalten und sogar die Errichtung einer neuen Außenhandelsstelle verlangt. Die Herren, die sonst mit allen Mitteln den sofortigen Abbau aller behördlichen Zwangsorganisationen verlangen, wollten hier, weil es ihren Interessen förderlich ist, sogar eine neue Organisation schaffen. Der Versuch mißlang jedoch.

•

In der Nachmittagssitzung machte die Regierung davon Mitteilung, daß sie wegen einiger Mißstände, die die Novelle zum Einkommensteuergesetz hervorgerufen habe, eine Milderung im Steuerabzug nach der Richtung eintreten lassen wolle, daß bei Einkommen über 15 000 M. nur der 15 000 M. übersteigende Betrag einem Abzug von 15 Prozent, der darunter bleibende Teil aber von 10 Prozent unterliegt. Der Ausschuß erklärte sich mit dieser Absicht, die auf dem Verordnungswege durchgeführt werden soll, einverstanden, und nahm ferner eine von den Unabhängigen gestellte Entschließung an, die die Regierung auffordert, durch Ausführungsbestimmungen anzuordnen, daß bei der Veranlagung des versteuerbaren Einkommens Entschädigungen für Ueberstunden, Sonntagsarbeiten, besonders Lohn- oder Gehaltsaufschläge für Nachtarbeit, Vergütungen für außergewöhnliche Extraleistungen, Aufwandsentschädigungen für Arbeit außerhalb des Betriebes oder Reisen für den Betrieb, nicht in Anrechnung kommen.

Verbot der Orgesch-Organisationen

Aus Kiel wird mitgeteilt, daß auf Grund der Anweisungen des Ministers Severing der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Kürbis, bereits am 27. Juli ein Verbot der Orgesch erlassen und folgende Anordnung getroffen hat:

„Es muß in Zukunft lediglich Sache der Staatsregierung sein, die Ruhe und Ordnung mit den ihr zur Verfügung stehenden militärischen und polizeilichen Kräften aufrecht zu erhalten. Allen Organisationen der obenbezeichneten Art, insbesondere auch der sogenannten Escherich-Organisationen, die in der Provinz Schleswig-Holstein Eingang zu finden sucht, ist nachdrücklich entgegenzutreten und die Bevölkerung über diesen Erlaß in Kenntnis zu setzen."

Im Anschluß an diesen Erlaß ist noch eine weitere Verfügung des Oberpräsidenten ergangen.

•

Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat für den Bereich der Provinz Hessen-Nassau sämtliche Orgesch-Organisationen sowie die Organisation „Jungdeutscher Orden" verboten.

Neue überflüssige Stellen?

Durch eine Polemik der agrarischen Presse erfährt man, daß trotz aller Versicherungen der Regierung, daß mit den behördlichen Organisationen abgebaut werden solle, immer noch neue Stellen und Behörden anscheinend aus anderen, denn aus sachlichen Motiven geschaffen werden, die sich dann gegenseitig in der Arbeit behindern. Obwohl bereits seit Jahren die Biologische Reichsanstalt für Schädlingsbekämpfung besteht, ist jetzt neuerdings ein Reichskommissariat für Schädlingsbekämpfung geschaffen worden. Im Etat des Reiches sind Mittel hierfür nicht vorgesehen, bei dem Nachtragsetat von der Regierung auch nicht angefordert worden. Der Reichstag kennt auch weder die Ausgaben des neuen Reichskommissariats noch die Gründe, die zu seiner Schaffung geführt haben. Er weiß auch nicht, woher die Mittel zur Bestreitung der Unkosten genommen werden.

Das ist ein Zustand, der schwere Bedenken hervorrufen muß. Die Regierung ist deshalb der Oeffentlichkeit Auskunft über diese Angelegenheit schuldig.

Keine Entspannung der Saarkrise. Die Nachrichten aus dem Saargebiet lauten übereinstimmend dahin, daß die Spannung keineswegs nachgelassen hat. Man muß also mit dem neuerlichen Ausbruch des Generalstreiks rechnen.

Eisenhöchstpreise. Für Eisen von Saar-, lothringischen und luxemburger Werken gelten in Zukunft folgende Höchstpreise: Form- und Stabeisen 3500 M., Bandeisen 3845 M., Feinbleche 4555 bis 4920 M. pro Tonne.

Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen

Eine Unterredung mit dem Chef des russischen Transportwesens

Der Chef des russischen Verkehrswesens, Professor Lomonosoff, der zu Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie in Berlin weilt, hatte eine längere Unterredung mit einem unserer Mitarbeiter, in der er etwa folgendes ausführte:

Die Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie, die abzuschließen ich nach Deutschland gekommen bin, haben sich technisch mit einer Schnelligkeit entwickelt, wie ich es noch niemals in einem andern Lande, und ich habe schon vor dem Kriege Verhandlungen mit Frankreich und Schweden geführt, gesehen habe. Ueber alle technischen Fragen konnten wir schnellste Einigung erzielen. Um so bedenklicher sind die Verhandlungen über die Preisfrage. Ich habe im Augenblick kaum noch große Hoffnungen, daß der äußerst wichtige Vertrag zustande kommt, wenn die deutschen Lokomotivindustriellen uns nicht erheblich entgegenkommen. Die Verhandlungen über die Preisfrage laufen nun schon seit einem Monat. Es ist uns gelungen, die erste Offerte, die um mehrere Hunderttausend pro Maschine die letzte überstieg, dadurch herabzusetzen, daß wir technische Vereinfachungen und einfachere Konstruktionen annahmen.

Die Verhandlungen sind ursprünglich in Berlin geführt worden. Kurze Zeit versuchte die deutsche Industrie, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Ich bin aber der Ansicht, daß es das Beste ist, mit den Engländern in England, mit den Schweden in Schweden und mit den Deutschen in Deutschland zu verhandeln. Die deutsche Lokomotivindustrie hat einen festgeschlossenen Konzern gebildet, der mit uns verhandelt und man sucht auf diese Weise, sich davor zu schützen, daß die konkurrierenden Firmen sich unterbieten. Ich erkläre mir die viel zu hohe Preisforderung so, daß die Kapitalisten neue Lohnerhöhungen befürchten, und daß sie sich auf alle Fälle ihren möglichst hohen kapitalistischen Profit sichern wollen. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß von diesem Gesichtspunkt aus allein diese für beide Völker so wichtige und bedeutsame Frage nicht gelöst werden kann. Das ganze deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterschaft, sind auf das lebhafteste daran interessiert, daß dieser Vertrag loyal zustande kommt.

Die russischen Lebensmittel und Rohstoffe können nur zum Export kommen, wenn es gelingt, die Transportverhältnisse, die in der Tat infolge des Krieges stark zerrüttet sind, wieder aufzubauen. Im Süden Rußlands, in Kubanien wie in Sibirien, sind große Mengen von Getreide vorhanden, aber es ist infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht einmal möglich, sie nach Moskau zu transportieren, geschweige denn sie nach dem Westen Europas auszuführen. Wenn es uns auch inzwischen gelungen ist, die Transportverhältnisse aus eigener Kraft etwas zu bessern, so daß jetzt täglich zwei Personenzüge und ein Schnellzug zwischen Moskau und Petersburg verkehren können, daß weiterhin 3600 Kilometer neue Bahnlinien in Bau sind, so sind wir doch keineswegs in der Lage, aus eigener Kraft unsern Bedarf an Lokomotiven zu decken. Wir brauchen etwa 5000 Lokomotiven. Die Jahresproduktion der ganzen Welt beträgt etwa 10 000. Amerika ist in der Lage etwa 5000 Lokomotiven jährlich zu bauen, Deutschland etwa 2500. Deutschland steht also mit seinen Leistungen an zweiter Stelle. Ein Beweis dafür, von welcher Bedeutung die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ist. Soweit ich orientiert bin, sind die Verhandlungen, die in Kanada geführt wurden, bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden aber in London zur Zeit weitergeführt.

Es wäre im Interesse beider Völker, des deutschen wie des russischen aufs schwerste zu bedauern, wenn unsere Verhandlungen an der Preisfrage scheitern sollten und wir allein auf die amerikanische Produktion angewiesen wären. Es ist selbstverständlich, daß Valutafragen bei den Verhandlungen keine Rolle gespielt haben und daß alle Berechnungen in Goldvaluta vorgenommen worden sind. Ebenso selbstverständlich ist, daß wir in der Lage sein werden, volle Garantie für unsere Zahlungsverpflichtungen zu geben. Aber die Preisfrage bleibt das A und O der gesamten Verhandlungen. Es scheint mir notwendig, daß die deutsche Oeffentlichkeit sich darüber klar wird, daß dieser Vertrag über die Lokomotivlieferungen nicht nur der Anfang für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, sondern geradezu die Grundlage und Vorbedingung für diese ist. Ich bin nicht im Zweifel, daß die deutsche Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk die Bedeutung dieser Verträge erkennen werden, und daß sie nicht gewillt sind, an Differenzen in der Preisfrage das große Werk der gemeinsamen deutsch-russischen Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau scheitern zu lassen.

Das freundliche Entgegenkommen und die Unterstützung, die wir bei der deutschen Regierung in letzter Zeit gefunden haben, gibt mir die Hoffnung, daß ich (weil Sie mich danach fragen) von einer eventuellen Vermittlung der Regierung oder gar von Verhandlungen, die die Regierung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft führen würde, einen günstigen Einfluß auf die schwebenden Verhandlungen erwarten kann. Diese Hoffnung ist um so größer, als ich mit Freuden davon Kenntnis genommen habe, daß der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, unsern groß angelegten Wiederaufbauplänen und Arbeiten Anerkennung gezollt hat. Ich bin ehemals Präsident der Kommission für den Reichsaufbau gewesen und habe deshalb einigen Einblick in diese Verhältnisse. Wir sind in der Tat im Begriffe, durch den Bau großer elektrischer Kraftstationen die Wasserkraft der Flüsse auszunutzen und gewaltige Energiequellen für Landwirtschaft und Industrie zu schaffen. Drei solcher großen Werke sind im Bau, zwei Stationen im Norden, die eine am Swir, in der Nähe von Petersburg, dem Verbindungsflusse zwischen Onega- und Ladogasee, die zweite an der Wolchow und die dritte Station am Dnjepr nördlich des Schwarzen Meeres. Auch hier sind wir leider durch Maschinenmangel in unserer Arbeit stark behindert. Es fehlt uns an Wasserturbinen, die wir nur aus Amerika, Deutschland oder Schweden beziehen können.

Ich kann aber unsere Unterhaltung nicht schließen, ohne immer wieder zu betonen, daß die Transportfrage zurzeit die einschneidendste und wichtigste ist, auf der alle andern wirtschaftlichen Beziehungen basieren, und daß es deshalb für beide Völker von schwerstem Schaden wäre, wenn an den Differenzen in bezug auf die Preisfrage bei der Lieferung von Lokomotiven die hochbedeutsamen Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie scheitern würden.

Sozialistenverfolgung in Amerika

In Amerika feiert die Sozialistenverfolgung wahre Orgien. Sozialistische Abgeordnete werden aus den Parlamenten ausgeschlossen, Arbeiterführer wegen ihrer sozialistischen Betätigung in die Gefängnisse geworfen. Neuerdings wurde sogar ein vermögender Sozialist auf Befehl der Washingtoner Regierung verhaftet und bald darauf zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, nur weil er einem kommunistischen Blatte finanzielle Unterstützung hatte zuteil werden lassen. Darin wurde eine Verschwörung zum Sturze der Regierung erblickt.

So etwas kann sich die kapitalistische Meute in den Vereinigten Staaten nur deshalb erlauben, weil dort die Arbeiterschaft noch nicht zahlreich genug zum Klassenbewußtsein erwacht und infolgedessen die sozialistische Arbeiterbewegung noch nicht machtvoll genug ist. In Amerika versucht man die Niederschlagung der sozialistischen Bewegung jetzt mit ähnlich drakonischen Mitteln, deren sich die Verfechter der kapitalistischen Weltordnung in Europa früher bedient haben. Aber auch in Amerika werden diese Mittel auf die Dauer sich nicht wirksam erweisen. Sie können wohl für eine Zeit den Aufstieg der Bewegung hemmen, aber keineswegs den Vormarsch sozialistischen Strebens niederzwingen.

Die Ereignisse in Oberschlesien

Neue Zusammenstöße

Beuthen, 18. August.

Die „Ostdeutsche Morgenpost" meldet aus Kattowitz: Die ungeheure Spannung des heutigen Nachmittags ist abermals zur Entladung gekommen. Gegen sechs Uhr nachmittags hatte sich vor dem Hotel Deutsches Haus, dem Sitz des polnischen Plebiszit-Kommissariats, eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die dort ein großes Waffenlager vermutete und dessen Auslieferung forderte, als ein Lastautomobil mit Sicherheitspolizei erschien, das die Menge zerstreuen wollte, wurde plötzlich aus dem Hause das Feuer eröffnet. Die Straße war sofort leer. Jeder Passant war bedroht. Als einige junge Leute mit Gewehren und Handgranaten erschienen, entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Gegen acht Uhr brach in den unteren Räumen Feuer aus. Im Keller explodierten Munitionsvorräte. Gegen neun Uhr abends ergab sich die Besatzung. Die Sicherheitspolizei und die Feuerwehr ging an die Löschung und Festnahme der Besatzung. 17 Personen sind zur Zeit festgenommen. Die Akten liegen auf der Straße. Die Stadt ist sonst ruhig. Die gesamte Bevölkerung ist trotz des Belagerungszustandes auf der Straße. Die Besatzungstruppen werden in den Kasernen gehalten. Seit neun Uhr abends ist die Verbindung mit Kattowitz unterbrochen.

Eine Bekanntmachung der Interalliierten Kommission

Beuthen (Oberschlesien), 18. August.

Die Interalliierte Kommission für Oberschlesien hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Von verschiedenen Seiten hat man das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die Interalliierte Regierungskommission **an Polen** während der jetzigen schwierigen Lage **Waffenhilfe** zu leisten beabsichtige. Man hat sogar behauptet, daß **Truppenbewegungen zu diesem Zwecke** begonnen worden seien. **Das ist durchaus falsch.** Diesen Tendenzgerüchten zufolge sind große Protestversammlungen einberufen worden, gegen eine Handlung, die die Kommission nie unternommen hat und nicht einmal zu unternehmen beabsichtigt. Damit kann nur eine Störung des amtlichen Dienstes und die Verwirrung des öffentlichen Lebens und Rechtes erzielt werden. Eine solche Agitation führt zu nichts, sie kann nur der Hetzerei derjenigen, die die allgemeine Ruhe stören wollen, ohne sich um die Wohlfahrt des Lebens zu kümmern, dienen.

Belagerungszustand über Kattowitz

Kattowitz, 18. August.

Laut Verfügung der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln vom 17. August 1920 wurde der verschärfte Belagerungszustand über die Stadt Kattowitz verhängt. Ansammlungen von mehr als fünf Personen unter freiem Himmel oder in bedeckten Räumen sind verboten. Alle **öffentlichen Lokale sind um 8 Uhr abends zu schließen.** Von 8½ Uhr abends bis 4 Uhr früh darf niemand ohne Ausweis der Interalliierten Kommission die Straße betreten. Nähere Bestimmungen zu der Verordnung ergehen noch.

Lloyd George nach Luzern abgereist

HR. London, 18. August.

Lloyd George hat heute früh London verlassen, um sich nach Luzern zu begeben.

Paris, 18. August.

Lloyd George passierte heute mittag Boulogne. Er setzte von dort nach kurzem Aufenthalt mit seinem Gefolge, bestehend aus 20 Personen, die Reise nach Luzern fort. In Chantilly bestieg der englische Botschafter in Paris, Lord Derby, den Zug, um den Ministerpräsidenten über seine Verhandlungen mit Paleologue zu unterrichten.

Christliche Reaktionäre

Arbeitszeitverlängerung das Gebot der Stunde

Mit großem Vergnügen berichtet die bürgerliche Presse über die 9. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die am 16. August in Essen tagte. Die Generalversammlung wurde beherrscht durch einige Reden des Postministers Giesberts und anderer Regierungsmänner aus Zentrumskreisen und vor allem durch Reden des Verbandsvorsitzenden Wieber, die wieder einmal den reaktionären Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit voller Offenheit zeigten, nachdem es die christlichen Gewerkschaftsführer, bewogen durch die auch in die christlichen Gewerkschaften eingedrungenen revolutionären Ausstrahlungen, eine Zeitlang für zweckmäßig gehalten haben, eine Annäherung an die Grundsätze der freien Gewerkschaften vorzutäuschen.

Herr Wieber sang schon in seiner Begrüßungsrede ein Loblied auf die Krupp, Thyssen usw., deren er nur mit Hochachtung und Anerkennung gedenken könne, da sie „den Grund zu unserem industriellen Leben gelegt" hätten. Besonders aber ist der **Achtstundentag** für Herrn Wieber ein Gegenstand des Abscheues. Die achtstündige Arbeitszeit sei unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen unzureichend, und die Arbeiterschaft müsse von Streiks und Lohnforderungen Abstand nehmen. Auch das Verhalten der Bergleute findet keine Gnade vor den Augen des Anhängers der christlichen Menschenliebe. Sie lassen sich nicht genug ausbeuten. Wenn sich die Bergleute dazu aufraffen könnten, mehr Arbeitsfreudigkeit an den Tag zu legen, anstatt „alle acht Tage Streikgelüste zu zeigen", dann haben wir keine Kohlennot mehr. Was sagt Herr Imbusch dazu, der im Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale sitzt und durch die Beschlüsse des Genfer Kongresses verpflichtet ist, für die schnelle Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau zu wirken?

Wie ein reaktionärer Rohrspatz schimpft der Herr Wieber über die Revolution. Schlimmer als der unglückliche Ausgang des Krieges sind ihre „verheerenden Folgewirkungen" für Deutschland. Das „bißchen Freiheit", daß wir durch die Revolution eingehandelt haben, wiegt nimmermehr das „verhängnisvolle Geschenk des Achtstundentages" auf, sagte Herr Wieber. Und er redete seinen Zuhörern ins Gewissen, daß sie sich freimachen möchten vom revolutionären Geist, der sich auch in die Reihen der christlich-organisierten Arbeiter eingeschlichen habe. Man sei in Essen zusammengekommen, um vor allem die christlichen Metallarbeiter von diesem Ungeist zu reinigen. **Die christliche Arbeiterschaft habe von jeher auf dem Boden der monarchistischen Staatsverfassung gestanden.** Somit ist Herr Wieber reif für einen Ministerposten in einer Kappregierung. Herr Giesberts aber, einer der Wahrer der Verfassung gegen Kapp und Konsorten, sagte nichts dazu, sondern verbreitete sich in allgemeinen Redensarten über die Notwendigkeit, daß die nationale Idee zum Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft werde und daß die sittlichen Kräfte im deutschen Volke geweckt werden.

Aber auch in die höhere Sphäre der Wirtschaftsfragen verstieg sich Herr Wieber. Schuld an allem Elend seien natürlich die sich steigernden Lohnforderungen. Die Arbeiterlöhne seien heute den Verhältnissen entsprechend ausreichend bemessen und die „fortdauernde Lohnschraube" ruiniere die Arbeiter und das deutsche Wirtschaftsleben. Wieder auf die Arbeitszeit zurückkommend, die ihm keine Ruhe läßt, rief der Redner aus: **„Wir können den Achtstundentag heute nicht ertragen. Eine erheblich vermehrte Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde."** Und wieder bekommen die Bergarbeiter ihr Teil, denn mit Bedauern muß Herr Wieber feststellen, daß deutsche Arbeiter erstens zu einem internationalen Kongreß nach Genf gefahren sind, und zweitens dort den Sechsstundentag für die Bergleute gefordert haben. . . . . .

Bemerkungen hierzu halten wir für überflüssig. Wir schließen uns dem Herrn Gewerberat Schnöpf an, der nach Wieber zu Wort kam und es mit lebhafter Freude, aber auch mit Erstaunen begrüßte, daß er an jder Generalversammlung eine solche offene und ehrliche Sprache zu hören bekomme. Der Mann hat recht! Auch wir sind erfreut über diese Klarheit, nur dem Erstaunen des Herrn Gewerberates können wir uns nicht anschließen. Es gibt nach diesen Bekenntnissen zur Reaktion nur eine Parole für die deutsche Arbeiterschaft gegenüber einer solchen Gesellschaft: Ausrotten!

Die Arbeitsverhältnisse im Reichstag

Zu unserer Notiz „Der „soziale" Reichstagsdirektor" in Nr. 334 wird uns von einem Angestellten des Reichstages noch geschrieben:

Um die Aufhebung aller vorsintflutlichen Bestimmungen, die Staatsarbeiter im Reichstage betreffend, herbeizuführen, wurde durch ein Betriebsratsmitglied ein zehn Seiten langes Schriftstück dem Vizepräsidenten Dittmann, der allerdings seit längerer Zeit ereist ist, zur weiteren Verwertung im Haushaltausschuß übergeben. Ebenso ist der erste Präsident Löbe durch den in seiner Mehrheit aus Rechtssozialisten zusammengesetzten Arbeiterrat über alles unterrichtet worden. Bei dieser Gelegenheit muß aber noch auf etwas anderes aufmerksam gemacht werden. Wir sind sämtlich im Staats- und Gemeindearbeiterverband organisiert und beziehen den tarifmäßigen Lohn. Nun zahlt der Reichstagsdirektor an einen Teil von uns den vereinbarten Wochenlohn von 185 Mark monatlich aus. Sonntagsdienst wird als Ueberstunden berechnet. Ein großer Teil unserer Kollegen, und zwar nur die früher schon dort beschäftigten, erhalten eine einheitliche dreißigtägige Bezahlung, ob sie Sonntagsdienst machen oder nicht. Diese Bezahlungsweise bildet also gewissermaßen eine Vergünstigung für einen Teil der Angestellten; trotz aller Verhandlungen durch den Betriebsrat ist eine gleichmäßige Bezahlung noch nicht zu erlangen gewesen. Derartige unterschiedliche Behandlungen macht natürlich böses Blut. Wenn der Haushaltausschuß für einen Teil die dreißigtägige Bezahlung bewilligt, kann er das für die Anfang Oktober 1919 eingestellten Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten ebenfalls. Bei dem 185 M. betragenden Wochenlohn, abzüglich Steuerabzug und monatlich 36 M. Krankengeld kann bei den heutigen Verhältnissen eine Familie nicht leben. Ich habe die Hoffnung, daß nun unsere Fraktion, nach dem Zusammentritt des Reichstages, das Möglichste versuchen wird, um diese Zustände zu beseitigen.

Die Sabotage der Volksernährung

Zu diesem Kapitel liefert unser Danziger Parteiorgan einen charakteristischen Beitrag. Für die Stadt Danzig ist es mit der Kartoffelbelieferung sehr schlecht bestellt. Vor den Verkaufsläden müssen die Hausfrauen oftmals stundenlang warten, um zu den paar Pfund Kartoffeln zu kommen, die ihnen auf ihre Karten zustehen. In der vorigen Woche ist nun ein Wagen des Rittergutes Herrengrebin, der mit etwa 80 Zentnern Kartoffeln beladen war, angehalten worden. Wie sich bei näherer Untersuchung herausstellte, hatte der Kutscher den Auftrag, die Kartoffeln an allerlei hohe und höhere Herrschaften abzufahren. U. a. **waren die Kartoffeln für die dortige Deutschnationale Volkspartei,** für einen Pfarrer, für mehrere Fabrikanten, für Majore und Amtsräte bestimmt. Im ganzen sollten sich zwölf Partner in diese 80 Zentner Kartoffeln teilen, ohne daß sie einen rechtlichen Anspruch auf sie hatten.

Mit Recht hebt unser Parteiorgan hervor, daß die Empfänger der Kartoffeln dieselben Leute sind, die sich sittlich darüber entrüsten, wenn die Arbeiter sich energisch dagegen wehren, dem Hungertode preisgegeben zu werden, nur weil die Behörden nicht in der Lage sind, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und der Sabotage der Agrarier wirksam entgegenzutreten.

Zur Richtigstellung der in den Nummern 332 und 333 der „Freiheit" gebrachten Artikel „Landwirtschaft und Zwangswirtschaft" und „Vor dem Zusammenbruch der Getreidebewirtschaftung" wird uns aus dem preußischen Landwirtschaftsministerium geschrieben, daß dieses bisher keine Mitteilung über die lässige Ablieferung von Brotgetreide durch die Landwirtschaft an die Presse hat gelangen lassen. Zuständig für diese Frage sei der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der vor kurzem auch zum Preußischen Staatskommissar für die Volksernährung ernannt worden ist.

Die Handelsverträge mit Oesterreich. Vertreter der österreichischen Regierung sind am 17. d. M. mit Vertretern der Reichsregierung sowie Preußens, Bayerns und Sachsens in München zusammengekommen, um zu prüfen, inwieweit die zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland früher geschlossenen Handelsverträge unter den jetzigen Verhältnissen noch anwendbar sind.

Die deutschnationalen Parteibeamten haben kürzlich in Berlin eine Tagung abgehalten. Wir erfahren aus dem offiziellen Bericht, daß die Verhandlungen von Herrn von Lindauer-Wildau, geleitet wurden, und daß Vorträge gehalten wurden von Dr. Weiß, Neitz-Ruppin, Oberst Nicolai, Gräfin Westarp, Major v. Jäcklin und Thomas-Berlin. — Die Deutschnationalen holen sich also ihre Parteibeamten vornehmlich aus den Kreisen der adligen Militärs!

Die Genfer Konferenz. Wie wir an zuständiger Quelle erfahren, wird nach den neuerdings eingegangenen Nachrichten die Konferenz in Genf voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des September stattfinden.

Internationale Finanzkonferenz. Wie aus London gemeldet wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung eine Einladung zur internationalen Finanzkonferenz für den 24. September in Brüssel zugestellt. Die deutsche Regierung wird darin ersucht, drei Delegierte zu ernennen. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Konferenz nicht ermächtigt ist, irgendeine Frage, die sich auf die Wiedergutmachung bezieht, die Deutschland im Versailler Vertrag übernommen hat, oder irgendeine andere Frage, die im Augenblick des Zusammentritts der Konferenz Gegenstand von Besprechungen zwischen Deutschland und den Alliierten bilden sollte, zu behandeln.

Überfall auf deutsche Steinkohlenschiffe in England. Die deutschen Schiffe in Ramsgate, die dort Steinkohlen ladeten, wurden von einer Menge angefallen. Die Polizisten, die die Schiffe bewachten, wurden mit Steinen beworfen. Mehrere sind verwundet. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge auseinander zu bringen.

Die englisch-ägyptischen Unterhandlungen. Die ägyptische Mission, die in London verhandelte, fuhr über Paris heim. Der Führer der Mission erklärte, daß die Unterhandlungen zwar befriedigend ausfielen, aber nicht vollständig zu Ende geführt seien. Mehrere wichtige Punkte seien jedoch bereits gelöst.

Amerika will die Regierung Huertas anerkennen. Es wird mitgeteilt, daß Wilson bereit sei, die heutige mexikanische Regierung anzuerkennen, falls diese für Leben und Sicherheit der Nordamerikaner in Mexiko garantiere und die Fremden, die durch die Revolution Schaden erlitten, entschädige.

HERMANN TIETZ

Billige Lebensmittel

Tafel-Reis .... Pfund 4,75 5,50
Haferflocken .... Pfund 2,10
Weisses Maismehl Backmehl, Pfd. 4,95
Mandel-Rosinen-Pudding .. 1/4 Pfund 1,90
Margarine .... Pfund 10,50
Vierfrucht-Marmelade ca. 30% Zucker Pfund 3,90

Junge Gänse .... Pfund 16,00
Junge Enten .... Pfund 16,00
Junge Hühner .... Pfund 13,50
Junge Tauben .... Stück 7,00
Kochäpfel .... Pfund 60 75 Pf.
Essbirnen .... Pfund 1,50

Rotkohl .... Pfund 30 Pf.
Weisskohl .... Pfund 15 Pf.
Möhren .... Pfund 20 Pf.
Grüne Gurken ...... Pfund 30 Pf.
Blaue Pflaumen .... Pfund 85 Pf.
Tiroler Aepfel .... Pfund 1,20

Grosse Ess-Aepfel Pfund 90 Pf.
Räucherflundern .... Pfund 3,50
Bücklinge .... Pfund 5,80
Seelachs o. Kopf in ganzen Fischen Pfd. 2,70
Frischer Schellfisch . Pfund von 1,40 an
Grüne Heringe .... Pfund 3,80

Diverse Weine zu besonders billigen Preisen

einschliesslich Flasche, ohne Steuer

	1/1 Flasche	5 Flaschen
1918 Oberhardter Maikammerer	14,50	70,00
1918 Mussbacher Büschelweg Origl.	22,50	110,00
1917 Wiltinger Klosterberg Origl.	32,50	160,00
1918 Bockenheimer Naturrotwein	9,75	47,50
1918 Montagna-Rotwein	11,75	57,50
1918 Château Latour Sourget	27,50	125,00

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Ziegeunerliebe**

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7½ Uhr: **Lysistrata.** (3. Abteilung, V. Abend)

Deutsches Theater 8 U.: **Fräul. Panzerhaus**
Kammerspiele 8 Uhr: **Weibsteufel**

Kleines Schauspielhaus Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo). 8 Uhr: **Büchse d. Pandora**

Schiller-Theater Gisela Werbezirk 8 Uhr: **Rabenvater.**

Lessing-Theater Sommerspielzeit Zum 1. Male 7½ Uhr: **Die Tänzerin** Leopoldine Konstantin, Rosa Valetti, Hermann, Sternberg, Hermann Thimig). Freitag und die folgenden Tage 8 Uhr: Die Tänzerin.

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendl. 8 Uhr: **Clubleute** mit Max Adalbert

Neues Operettenhaus Direktion Jean Kren 16. bis 22. geschlossen.

Direktion Carl Meinhard - Rud. Bernauer Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 8 Uhr: **Geständnis**

Berliner Theater 7½ Uhr: **Der letzte Walzer.**

Trianon-Theater (Bahnhof Friedrichstraße) Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt in **Untreu** Komödie von Roberto Bracco. Sonntag nachm. 4 U.: **Der Störenfried**

Residenz-Theater (Stadtbahn Jannowitzbrücke) Untergrundbahn Klosterstraße. **Der große Erfolg** Täglich 8 Uhr: **Die Kaiserhoffs** Sonntag nachm. 4 U.: **Der gute Ruf**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. Allabdl. 7½ Uhr: **Familie.**

Rose-Theater 7½ Uhr: **Der Graf von Luxemburg** Gartenbühne Täglich 7½ Uhr: Süße Suse.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: **Die Internationale.**

Kammer-Tanzspiele Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz Tägl. 8 Uhr: Orientalisches Ballett Kiki Miami Bey.

3/4 8 **Casino-Theater** 3/4 8 Der neue Schlager **Knorp's sel. Witwe.**

Apollo-Theater Friedrichstr. 218 7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½ **Unübertreffliches Variété-Programm!**

Berliner Prater Kastanien-Allee 7–9 12 **Variété-Sensationen** 12 In der Tanz-Diele **Großer Ball** Anfang 7½ Uhr

Theater a. Kottbus. Tor Tel. Moritzplatz 14814. Täglich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** Blüthgen-Konzert Vorv. 11–1½ u. 4–6.

NEUE WELT Arnold Scholz Hasenheide 108/114 Donnerstag, d. 19. August: **Elite-Tag Großes Schlachten- u. Fronten-Feuerwerk** verb. mit Konzert, Variété-Vorstellung und Ball (Vollständig neues Programm). Die Weinterrasse ist eröffnet. Anfang 5 Uhr

Cirkus Busch-Gebäude Täglich 7½ Uhr: Gr. Spezialitäten-Vorstellung **? Perlas ?**

Ballschmieders | Friedrich-Wilhelmstadt | **VARIETE-GARTEN** Badstraße 16 | Chausseestraße 30 ‖ Das große Elite-Variété-Programm ‖ Jeden Mittwoch FEUERWERK Jeden Sonnabend

---

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvarsan-Kur., Bestrahl. Spezial-Aerztl. gel. Heilanstalt **„Löser", Münzstr. 9** nahe Alexander-Platz. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12. Damenzimmer sep.

Tätowierungen werden in kurzer Zeit sicher, möglichst ohne Berufsstörungen, entfernt **G. Weissert u. G. Andres,** Invalidenstraße 147, 1. Etage, Ecke Bergstraße. Sprechzt.: 10–12 u. 4–8, Sonnt. 10–12. (Auskunft kostenlos). Im letzten Jahre über 1600 Tätowierungen entfernt.

Spezial-Arzt Dr. Skotte für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Lues komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur-Institut „Löser" geöffnet v. 9–1, 4–8. Sonnt. 9–1. **Dir.: Löser senior** Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Phorosan-Heilinstitut für Haut- und Geschlechtskranke
Lessingstraße 39. Sprechst. 9–½8 außer Dienstag. Großbeerenstr. 67. Sprechst. 11–3 Sonntag 10–12.
Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphiliskur. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Sep. Zimmer. Kurdauer siehe Broschüre „Die Gonorrhoe und ihre Zwölftagekur". M. 2.–. Prosp. „N" gegen Porto.

+ Spezialbehandlung + für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos. **Nähe Andreasstr. 75,** 1. Et., Ecke Berliner Str. (dicht a. Schl. Bhf.) Sprechz. 10–12, 5–7½. Sonnt. geschlossen.

Spezialarzt Dr. med. Sachen für Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäche, Beinkranke, Beh. schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstör. Blut- und Harn-Untersuch. (Fäden im Harn.) **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptik. **Königstr. 56-57,** gegenüber Rathaus Sprechst. 10–1, 4–7½. Sonnt. 10–1 Teilzahl. Separ. Damenzim.

Acht.! Brautleute! Ein Dukaten-Trauring 900 gestempelt, v. 140 M. an 585 „ v. 95 „ „ 333 „ v. 60 „ „ Jede Größe ist vorrätig! Eig. Fabrik für Trauringe! Ankauf von Bruch-Gold u. -Silber zu höchsten Preisen. **G. Alb. Thal,** Neue Grünstrasse 25 nahe Wallstraße–Spittelmarkt. Achten Sie genau auf Hausnummer

Kupfer 11.75 Rotguß 12.–, Messing 8.75, Blei 3.20, Aluminium 7.50, Zink 3.–, sämtliche Späne, Quecksilber, Nickel, Zinn. **Schönhauser Allee 143**

Zinn rein **35.–** Quecks., Bierschlangen, Gold-, Silberbruch, sämtliche Altmetalle höchste Preise. Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17 (Moritzpl.)

Wir kaufen und zahlen sehr hohe Preise für **Kupfer, Blei, Zink, Messing** Staniol, Zinnfolie, **Quecksilber,** Aluminium, Celluloid, **Metallabfälle** Platin, Gold, Silber, **PETERS** Prenzlauerstr. 34 **MÖBUS** Waldstraße 3 **G. ERMEL** Gubenerstr. 50 **DEGENER** Schöneberg, Bahnstraße 46 **HAASE** Skalitzerstr. 93a Ecke Lausitzer Platz **BOELKE** Rammlerstr. 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Betriebsobleute und Vertrauensleute Achtung!

Wir haben wiederholt aufgefordert, die Betriebsfragebogen für die Gruppeneinteilung und für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung in unserm Büro zu entnehmen, auszufüllen und wieder abzugeben. Die Kollegen, welche dem noch nicht nachgekommen sind, werden dringend ersucht, dies sofort zu tun. Die Fragebogen müssen bis

spätestens Sonnabend, den 21. August

in unserm Büro, Zimmer 3, abgegeben werden. Da wir mit den Vorarbeiten für die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung beginnen müssen, kommt ein späterer Termin, wie der obige, nicht in Frage. Wer also in den nächsten Generalversammlungen vertreten sein will, erledige sofort die Betriebsfragebogen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Obleute der Großbetriebe der Metallindustrie

Im Auftrage von mehreren Obleuten ladet der Unterzeichnete die Vorstände der Betriebsräte und Obleute der Metallindustrie zu einer Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage am **Freitag, den 20. August 1920, abends 6 Uhr,** im Lokal zum Musikalischen Fuchs, Zossstr. 7 ein.

J. A. Albert Schwarz, Vorsitzender des B.-R. der Knorr-Bremse.

Figyelem!
Magyar Munkások és Munkásnők!

A kommunisták németországi pártjának magyar csoportja folyó hó 19. én csütörtökön este 7 órakor a Gewerkschaftshaus (Engel-Ufer) 10 számu teremben vitaestélyt rendez. Tárgy: A kommunistapárt és a kommunista munkáspárt. Magyar nyelvü munkásoknak szabad bemenet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Bohrer
Alexander Gajewski
Utrechter Straße 28, am 15. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Cöpenick aus statt.

Der Schlosser
Heinrich Kuhn
Charlottenburg, am 16. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Enorm billiges Angebot in

Damen- u. Herrenhüten

nur solange der Vorrat reicht:

Damenhüte

Cornets in allen Farben 95.–, 65.–, 55.–,		49.–
Velourethüte Prima Qual. u. alle Farb. 118.–, 120.–, 98.–,		59.–
Prima Velourhüte 198.–, 175.–,		98.–
Gest. Velourethüte in allen hell. Farb. 160.–, 130.–,		90.–

Herrenhüte

Serie I echtes Leder in verschiedenen Farben	59.–
Serie II echtes Leder in verschiedenen Farben	49.–
Serie III imit. Leder in verschiedenen Farben	47.–
Serie IV imit. Leder in verschiedenen Farben	39.–
Konfirmandenhüte schwarz	39.–

Eigene Umpresserei im Hause

Damenhut-Fabrik TITUS KÖNIG Neukölln, Bergstr. 10

Eigene Umpresserei im Hause

Wir kaufen Bruchsilber jed. Quantum Bruchgold, Platin, Quecksilber, Münzen und Münzsammlungen **RATZLAFF u. ZIMMER** Linienstraße 93. Fernsprecher: Norden 6612

Münzen :: Briefmarken kauft Großmann, Johannisstr. 4. Norden 10621.

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren Geestemünder Fischhalle Steglitz Albrechtstr. 131. Ecke Düppelstr.

Keine Frau sollte versäumen, ausführl. Prospekt über hygienische Artikel kostenlos einzufordern. Auf Wunsch fachgemäße Beratung. Frau B. Koopmann, Berlin 232, Potsdamer Straße 104.

Alte Gebisse zahle bis **3000 M.** **Einzelne Platinstiftzähne** von 9 bis 200 Mark, jedoch nicht unter 9 Mark per Zahn **Platin-Brennstifte, Kontakte usw.** 130 Mark per Gramm **Gold- u. Silberbruch sowie Gegenstände** kauft weit über den höchsten Tagespreis **J. Herz** Fehrbelliner Str. 52 Vorderhaus links, parterre

Alt-Metalle zu Engros-Preisen kauft Invalidenstr. 142.

Kupfer Rotguß, Messing, Zink Blei kauft laufend Sebastianstraße 66.

Stenotypistin gewandt, für Anwaltsbureau gesucht. Durchgehende Arbeitszeit. Angebote mit Gehaltsansprüchen an B 1 Expedition der „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Hallo! Wir zahlen für **Platin** p. Gramm **138.– Goldbruch** per Gramm von 8 bis **28.– Silberbruch** p. Gramm v. **32 Pf.** an aufwärts Ankauf Münzen, Medaillen, Uhren, Ketten zu konkurrenzlosen Preisen. Bester Absatz für Händler und Uhrmacher. Edelmetallankaufsstelle **Fritz Röschke** Neuer Str. 11, II. Fernspr.: Humboldt 1550 Untergrundbahn Senefelder Pl.

Kupfer . . . M. 12.– Rotguß . . . . 11.– Messing . . . . Mk. 5,60 Zink 2.40, Blei . . . 3.– Metall-Ankauf Charlottb., Wallstr. 33, Tel. Wilh. 1971.

Die **Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale** Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft **Kupfer, Messing, Blei, Zink.**

Neu eröffnet! Kupfer . . 11.50 Messing 5.75 Blei 2.75, Zink 2.60 Zinn, Quecksilber kauft zu höchsten Tagespreisen. **Lychener Straße 5** an der Hochbahn Danziger Str.

Lötzinn bis 12 M. per Kilo **Zinn** per Kilo 38 Mk. **Altblei** kauft **Zinnschmelze Cassirer,** Schulzendorfer Straße 13. Tel.: Norden 3834. Steinpl. 1102 Einkaufszeit von 9–12 Uhr.

Altmetalle Zinn Quecksilber, Zahngebisse Platin-, Gold-, Silberbruch weit über Tagespreis nur 3 Einkaufsstellen **Brunnenstr. 11 Beusselstr. 29 Fennstr. 48**

Kupfer 11,50 Messing 5,50 Zinn bis 35,– Weißmetall b. 20,– I. Neukölln, Steinmetzstraße 18 II. Lichtenberg, Jungstraße 23

Kupfer . . . . . 12,00 Messing . . . . . 6,00 Quecksilber . . . 65.– Weichlager b. 25,00 Zinn b. 35,00 **Schulzendorfer Str. 2.** Köllner Straße 6

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Alte Zahngebisse Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen kauft **Emma Linke** Blücherstr. 40, 2. Port., II. Tr.

Kupfer M. 12,60 Messing „ 6,00 Quecksilber, Blei, Zink **48 Stromstraße 48.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlich. Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Vaters, des Buchbinders **Ludwig Woller** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. Alb. Jamann u. Frau geb. Woller Ernst Woller u. Frau geb. Dahlmann

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuss Stettin und die Afa.

Gesucht werden zum baldigen Antritt

2 Sekretäre

für die Betriebsräte-Zentrale Groß-Stettin

Mindestgehalt 18000 Mk. p. Jahr

Vorbedingung für die Anstellung ist, mindestens fünfjährige Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation.

Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung" bis spätestens 31. August d. J. an den Ortsausschuß Stettin, Arbeitersekretariat, Gr. Oderstr. 18/20, zu richten.

Ortsausschuß Afa.

Morgen, Freitag, 7 Uhr abends

große öffentliche Versammlungen

Thema:

„Die internationale Lage“

in folgenden Lokalen:

Germaniasäle, Chausseestr. 110.
Pharussäle, Müllerstr. 142.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23.
Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 247.
Schulaula, Pasteurstr. 4/5.
Schulaula, Olivaer Straße.
Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10.
Viehhofbörse, Eldenaer Straße.
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 31.
Habels Brauerei, Am Tempelhofer Berg.
Nationalhof, Bülowstr. 37.
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.
Schulaula, Reichenberger Str. 67.
Schulaula, Görlitzer Str. 51.
Schöneberg: Aula der Hohenzollernschule, Belziger Ecke Eisenacher Straße.
Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald: Wilmersdorf, Hindenburgschule, Am Seepark.
Lichterfelde: Schnabel, Hindenburgdamm 104.
Britz-Buckow: Raddatz Festsäle, Britz, Chausseestr. 39.
Oberschöneweide: Aula des Realgymnasiums.
Friedrichshagen: Schröders Festsäle, Friedrichstr. 137.
Weißensee: Borussia-Brauerei, Berliner Allee 210/11.
Treptow-Baumschulenweg: Grätz- Ecke Wildenbruchstraße, Wirtschaftshof.
Reinickendorf-W.: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 104.
Reinickendorf-O.: Bürgergarten, Hauptstr. 50/51.
Tegel: Strandschloß.
Lichtenberg: Aula Parkaue.
Lichtenberg: Jahn-Realgymnasium, Marktstraße.
Mariendorf: Aula des Realgymnasiums, Kaiser- Ecke Rathausstraße.
Friedenau: Bürgersaal des Rathauses.
Köpenick: Wilhelmplatz (6 Uhr) Demonstration.
Johannisthal: Friedrichstr. 10 (Luftverkehr).

Der geschäftsführende Ausschuß des Bezirksverbandes U. S. P. D. Berlin-Brandenburg.

Für die Kontrolle der Produktion

Die provisorische Betriebsrätezentrale hat für die einzelnen Industriegruppen Versammlungen der Betriebsräte einberufen, um die nächste und dringendste Aufgabe, den Kampf um die Kontrolle der Produktion, beraten zu lassen.

In allen Versammlungen wurden von den Rednern die Stillegung der Betriebe durch Unternehmer, die Ausfuhr von Produktionsmitteln und lebensnotwendigen Waren im Werte viele Milliarden, die Steigerung der Rohstoffpreise, besprochen, und als einzigen Weg, den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zu verhindern, die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte gefordert.

In der ersten dieser Versammlungen, in der Genosse Richard Müller vor den Betriebsräten der Metallindustrie sprach, wurde ein Antrag, für die Wahl politischer Arbeiterräte in den Betrieben einzutreten, abgelehnt. In der gestrigen Versammlung der Textil- und Bekleidungsindustrie wurde ein anderer Antrag, der die Betriebsrätezentrale auffordert, für September einen Reichskongreß der Betriebsräte einzuberufen, angenommen.

In den Versammlungen zeigte sich eine einheitliche Auffassung über die Notwendigkeit, durch die Betriebsräte auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse einzuwirken und die ganze Macht der Arbeiterschaft auf diese Aufgabe zu konzentrieren.

In der beschlossenen Resolution werden folgende Forderungen aufgestellt:

„Sofortige schleunige **Wahl eines Obersten Reichswirtschaftsrates durch den Betriebsrätekongreß aller** Betriebsräte des Reiches. Dieser hat unter Hinzuziehung von fachtüchtigen Sachverständigen, gestützt auf die Wirtschaftsgruppenräte der einzelnen Industrien, Bezirke, sowie der einzelnen Betriebsräte **eine Bestandaufnahme aller vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten, Art der Produktion, Produktionskosten, Preise, Absatzarten und Absatzmöglichkeiten, sowie Kapitalbeschaffung schleunigst Erhebungen vorzunehmen.** Gestützt auf diese umfassende Einsicht in die gegenwärtige Produktionsweise **zweckdienliche Ratschläge auszuarbeiten, nach denen die bisherige Profitwirtschaft umgestellt werden kann in die Bedarfsdeckungswirtschaft für die Gesamtheit!** Nur im innigen Zusammenwirken der Wirtschaftsräte, der Industriegruppen untereinander und mit den Guts- und Kleinbauernräten wird die Ursache des gegenwärtigen Elendes, die Unfähigkeit der Kapitalisten, die Produktion weiter in Gang zu halten, beseitigt. **Gewerkschaften und Genossenschaften gilt es mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen.** Die einzelnen Maßregeln werden sich ergeben, wenn die Arbeiterklasse unter Oberleitung ihrer Räte in ihrer Gesamtheit im unmittelbaren Kampfe vor diese vielfältigen Aufgaben gestellt werden.

In den Räten, die alle Arbeiter der verschiedensten gewerkschaftlichen und politischen Richtungen umfassen müssen, wird es verhältnismäßig leicht sein, die bislang die Arbeiterklasse spaltenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, **wenn sie vor die konkreten Aufgaben gestellt werden, die sie bei Strafe ihres Unterganges schnell lösen müssen.**

Die in den verschiedenen Organisationen zersplitterten Arbeiter sind ein Spielball in den Händen der gegenrevolutionären Machthaber. Die in den Räten zusammengefaßte Arbeiterklasse wird alle die Aufgaben lösen, die die zersplitterte Arbeiterklasse nicht lösen kann.

Die versammelten Berliner Betriebsräte fordern die Betriebsräte Deutschlands auf, sich in Anlehnung an die vorstehenden Richtlinien gleichfalls zusammenzuschließen und mit ihnen für deren Verwirklichung einzutreten.

Gewerkschaftliches

Die Buchdrucker-Opposition in Hamburg

Auch in den Kreisen der Buchdrucker beginnt es zu tagen. Allerwärts ist die Opposition eifrig am Werke, den Verband endlich wieder auf den Weg des Klassenkampfes zurückzuführen. Besonders richtet sich die Opposition gegen die Schreibweise des „Korrespondent“. In einer Mitgliederversammlung der Hamburger Organisation nahm die Opposition erfolgreich Stellung gegen Verbandsvorstand, Gehilfenvertreter und Korrespondentredaktion. Man verlangte das Verschwinden aller, da sie die Fühlung mit den Kollegen verloren hätten und gar nicht wüßten, wie den Arbeitern zumute sei. Die Schreibweise des „Korrespondent“ sei flach und unternehmerfreundlich, sie entbehre einer Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen und politischen Tagesfragen vom Standpunkt des sozialistischen Klassenkampfes. Ebenso scharf wurde das Verhalten des Ortsausschusses (Gewerkschaftskartells) in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte verurteilt. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Mitgliederversammlung vom 13. August 1920 des Buchdruckervereins protestiert gegen die Weigerung des Ortsausschusses (Gewerkschaftskartell), gemäß Beschluß der vorletzten außerordentlichen Generalversammlung die Einberufung sämtlicher Betriebsräte Groß-Hamburgs zwecks planmäßiger Durchführung der Verhinderung sämtlicher ausländischer und inländischer Bestrebungen zur Unterstützung Polens im Kampfe gegen Sowjetrußland auf Grund der von der Regierung erklärten Neutralität durchzuführen.

Nachdem inzwischen sowohl der Gewerkschaftsbund als auch die S. P. D., U. S. P. D. und K. P. D. die Durchführung der Neutralität in einer gemeinsamen Erklärung beschlossen haben, verlangen wir, wie bereits anderenorts, auch in Hamburg die Ausführung des Beschlusses.

Weigert sich der Ortsausschuß, in diesem Sinne zu handeln, so kann die Arbeiterschaft darin nur eine arbeiterfeindliche konterrevolutionäre Handlung erblicken.“

Streik der Schilderanmacher, Helfer und Kutscher

Schilderanmacher, Helfer und Kutscher von 45 Firmen, die dem Verein Berliner Schilderfabrikanten angehören, befinden sich seit Montag, den 16. August, im Streik. Die Ursachen der Arbeitsniederlegung sind Lohnstreitigkeiten. Die Unternehmer haben den mit dem Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag zum 15. August gekündigt in der Absicht, um einen Lohnabbau vorzunehmen und den zu gewährenden Erholungsurlaub zu beseitigen. Um den Kampf zu vermeiden, wurden von der Organisation Verhandlungen nachgesucht, die aber zu keiner Verständigung führten, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten. Die Arbeitnehmer machten dann weiter den vermittelnden Vorschlag, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen und daß bis zu dessen Entscheidung eine Aenderung der bisher bestandenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht eintreten dürfe. Die Arbeitgeberkommission war in der Verhandlung, am Freitag, den 13. August, mit diesem Vorschlage einverstanden und der Schlichtungsausschuß wurde von den Arbeitnehmern sofort angerufen. Am Montag früh wurde aber beim Arbeitsantritt seitens der Arbeitgeber von den Schilderanmachern, Helfern und Kutschern verlangt, daß sie sich unterschriftlich verpflichten, nicht mehr nach den früheren geltenden, sondern nach den von den Arbeitgebern festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Eine solche Zumutung mußte abgelehnt werden, da dieses Vorgehen der Arbeitgeber als ein flagranter Bruch der getroffenen Waffenstillstandsvereinbarungen galt. Ein Einwirken auf die Arbeitgeber, von ihrem Ansinnen Abstand zu nehmen, erwies sich als erfolglos und so blieb ein anderer Ausweg, als in einen sofortigen Abwehrstreik zu treten, nicht übrig.

An die Bevölkerung Groß-Berlins richten die Streikenden das Ersuchen, sie in ihrem Kampf zu unterstützen und jede Schilderanmachertätigkeit, die von Vereinsfirmen ausgeführt werden, zu unterbinden. Nur diejenigen Arbeiter sind berechtigt, Schilderanmacherarbeiten ausführen zu dürfen, die einen von der Organisation ordnungsgemäß ausgestellten und mit Verbandsstempel versehenen Ausweisschein führen.

Die Branchenleitung. J. A.: Karl Fromke.

Schamlosigkeit

Eine nicht zu überbietende Verhöhnung der Arbeitnehmerschaft haben sich die Unternehmer im Galanterie- und Spielwarengroßhandel erlaubt, dem sie so gern den „Trödelcharakter“ verleihen, wenn es ihnen vor dem Schlichtungsausschuß etwas einbringt. Die Tatsache, daß sie den billigsten Tarif Berlins für ihre kaufmännischen Angestellten besitzen, hindert sie nicht, auf eine Eingabe wegen bescheidener Gehaltserhöhungen dem Zentralverband der Angestellten in einem Briefe u. a. folgendes zu antworten:

„. . . . Ferner können auch nur die Gehaltssätze in Anbetracht des mit der Zeit zu beginnenden Abbaues 20 Prozent unter den seitherigen Sätzen bewilligt werden.“

Trotz des famosen Deutsch sagt man deutlich, daß die Hungerlöhne, welche ungeachtet enormer Kriegsgewinne gezahlt werden, noch um den fünften Teil reduziert werden sollen. Man vergegenwärtige sich, daß dies bedeutet, ein Durchschnittsgehalt von 500 Mark (hoch gegriffen) in der Branche auf 400 M. zu reduzieren. Den „zu beginnenden Abbau“ fängt man an, indem man derartige Einkommen um 20 Prozent herabsetzt! Es scheint, als ob die von den Arbeitgebern so oft betonte Eigenart der Branche auf sie selbst abgefärbt habe, denn sonst gäbe es überhaupt keine Erklärung für eine derart frivole Handlungsweise, die jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht. Möglicherweise ist man in der Rosen- und Neuen Friedrichstraße gegen humane Anwandlungen gefeit.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Belle-Alliancestraße 7/10. Eine Auskunftstelle über Steuerfragen ist eingerichtet. Die Sprechstunde wird jeden Freitagabend in der Zeit von 5 bis 7 Uhr abgehalten. Schriftliche Auskünfte werden nicht erteilt. Die Auskunft erfolgt unentgeltlich gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Transportarbeiterverband. Achtung! Delegierte zur örtlichen Generalversammlung am Donnerstag, den 19., abends 7 Uhr, Saal 4, Gewerkschaftshaus.

Die schwere Stunde

Roman

von

Victor Panin

88]

Ewig lebt sie im Reiche der Träume. Es ist merkwürdig, sie ist schon vierundzwanzig Jahre alt, sie ist aber dem Leben fremd, sie kennt das Leben nicht. Es scheint, als gehe sie durch das Leben wie durch ein Märchen, als wollte sie nie von ihren Träumen erwachen. Und oft erzählt sie mir ihre unzusammenhängenden Phantasien, ihre stillen Märchen, die dem grauen Alltagsleben so fremd sind.

„Weißt du, Lieber,“ in der sich verdichtenden Abenddämmerung klingt ihre kränkliche Stimme noch trauriger und läßt in meiner Seele mir bisher unbekannte Saiten erzittern, „weit, weit von hier, ich glaube es war in Indien, ich liebe sehr Indien, Kolja, ich weiß selbst nicht weshalb, es ist ja das Land der Wunder, dort leben die Menschen in einem ewigen Märchen! Und so warm ist es dort, nicht wahr Kolja?“

Schweigend nickte ich mit dem Kinne und auf einen Augenblick stelle ich mir, grauhaariger Greis, so deutlich das wundervolle, märchenhafte, warme Indien vor. . . .

„Es war lange, lange her, weißt du, Kolja, lange, lange her, im grauen Alter . . . . da lebte eine Jungfrau, und wie alle Jungfrauen, träumte sie ewig . . . strebte sie immer nach etwas, suchte nach etwas. . . . Zu eng kam ihr das Leben auf dieser Erde vor. Und da ging sie zu einer Zauberin, die alle Geheimnisse des Lebens und des Todes wahrsagen konnte. Und sie sprach zu ihr: du Wahrsagerin, du Weise, löse meine tiefe Wehmut, erkläre mir, wie ich leben soll! Wo soll ich meine jungen Träume finden? Verstehe, du Zauberin, es dünkt mich zuweilen, als müßte irgendwo im Leben ein goldener Feuervogel verborgen sein, als müßte irgendwo der Schlüssel meines Herzens vergraben sein, als müsse irgendwo hinter sieben Schlössern mein Glück verborgen sein, du Wahrsagerin, du Weise, die du die Geheimnisse des Lebens erkannt hast, weise mir den Weg, stille meine Sehnsucht!

„Es war aber eine alte Zauberin, und sie verstand nicht die jugendliche Ungeduld, sie konnte das Beben der jungen Seele nicht verstehen, und sie dachte lange, lange nach . . . sieben Tage und sieben Nächte drehte sie das Spinnrad ihrer weisen Gedanken.“

„Und da sprach sie zur Jungfrau: Nimm einen Stab und gehe nach Osten immer geradeaus, immer geradeaus . . . und an der Kreuzung von sieben Wegen finde mit geschlossenen Augen den mittleren dritten, und dann wirst du das Glück erreichen, dann wirst du den goldenen Feuervogel erblicken und ein wackerer Held wird deine Liebe grüßen und du wirst die Schlüssel zum vergrabenen Glücke finden. Wehe dir aber, wenn du, Tochter der Erde, in deiner Blindheit nicht den rechten Weg auswählst, Tränen und Trauer werden dann das Los deines ganzen Lebens sein! Die Zauberin war aber eine Schlaue, Kolja, sie wollte die Jungfrau bloß auslachen, wie kann man denn mit geschlossenen Augen von sieben Wegen den richtigen auswählen? Ja, so hat sie gehandelt . . . und ist doch eine Zauberin! . . . .“

Sie schweigt. Im Zimmer tritt Stille ein. Die Dunkelheit hat sich so verdichtet, daß ich Oljas Gesicht nicht mehr sehen kann, sondern nur den Glanz ihrer erregten Pupillen. Ihre Hände umklammern meine Hand immer fester, als suchte sie bei mir Hilfe für das Schicksal der unglücklichen betrogenen Jungfrau, jemand seufzt leise, ich weiß nicht, ob sie es ist, oder ich.

Nach langem Schweigen sagt sie wieder:

„Sie, die Aermste, hat sich natürlich verirrt, mit geschlossenen Augen hat sie nicht den richtigen Weg eingeschlagen, und die Liebe und das Glück haben sich von ihr gewandt. Weißt du, da hat sie sich die Haare beschnitten, — das ist eine große Schmach für die Frau in Indien — sie ging in die Vorhallen der Tempel und setzte sich der Schmach und dem Spott der Menschen aus. Es ist alles gleich! dachte sie, und weißt du, ihr ganzes Leben hindurch dachte sie, ob sie die Zauberin nicht betrogen hatte. Vielleicht gibt es gar keinen dritten Weg? Dann gibt es ja auch keinen Feuervogel, kein Glück, keine Liebe! . . . .“

Scheinbar erschrickt sie selbst bei ihrem Gedanken, zieht meine Hand fest an sich heran, so daß ich mich ganz über sie beugen muß und fragt mit stockender, von tiefer Trauer erfüllter Stimme:

„Kolja, es ist doch nicht möglich, daß es gar nichts gibt? Die Zauberin hat doch nicht so betrügen können, sie hat doch Mitleid mit der Armen haben müssen. Es muß doch sein, sag? . . . .“

Es durchbebt mich ein Frösteln, die Dunkelheit ist undurchdringlich geworden, ich höre, wie draußen der Frost knistert, daß das Leben und die Hoffnungen der Menschen einfrieren.

*

Den 3. Dezember.

Wir sind dem Guten Menschen sehr nahe gekommen. Immer häufiger empfinde ich das Bedürfnis mit ihm zu reden, mit ihm verschiedene Lebensfragen zu beraten. Ohne es zu wollen, hat dieser ruhige, ewig freundlich lächelnde Mensch auf mich einen ungeheuer großen Einfluß gewonnen. Seine Lebensphilosophie erscheint mir so einfach und doch kompliziert.

Einfach, weil sie keine Regeln enthält und in die wenigen schlichten Worte gefaßt werden kann:

Liebe den Mitmenschen!

Aber sie ist auch unendlich schwer, da sie verlangt, daß diese Worte nie von den Lippen ausgesprochen werden, sondern überall im Leben, auf Schritt und Tritt in den Handlungen des Menschen zum Ausdruck gelangen.

Ich betrachte diesen Menschen von allen Seiten, ich durchforsche ihn, kann aber nicht zu den Triebfedern gelangen, die ihn zu ewigen Opfern für die anderen, zu ewiger Verleugnung des eigenen Lebens veranlassen. Es ist wunderlich, daß ihm jeglicher religiöser Fanatismus fernliegt, er lacht über Religionen, Kirchen, religiöse Gebräuche, er bekreuzigt sich niemals, und bisher habe ich ihn nie beten sehen.

Seine Philosophie ist eine Lebensphilosophie, sein Gott ist hier auf Erden unter den Menschen, inmitten der Hast des grauen Alltagslebens; es ist ein liebender, allverzeihender Gott, der bemüht ist, den Menschen Freude und Glück zu bringen. Sein Gott ist von Güte und grenzenloser Liebe zum Nächsten erfüllt. Er verurteilt die Menschen niemals wegen ihrer Laster und ihrer Fehler.

Und wenn ich ihn über etwas ausfrage, so antwortet er niemals direkt, sondern erzählt immer irgend eine Geschichte aus dem im Leben Erlebten und Gesehenen. Für ihn schien das vergangene Leben eine große Schule gewesen zu sein, wo er die eigenartige Weisheit des freudigen und gütigen Lebens schöpfte. Es schien, als sah er niemals böse Menschen, als betrachtete er niemals das widerwärtige Antlitz des Lebens; er wandelte immer inmitten von Lachen und Freude, weil er selbst das Leben so sehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Bezirksleiter und die Versammlungsleiter für die am Freitag stattfindenden Versammlungen werden gebeten, heute abend 6 Uhr im Verbandsbureau, Schicklerstraße, bestimmt anwesend zu sein.
Die Geschäftsleitung.

Die Organisationen der Ortsgruppen, in denen am Freitag, den 20. August, öffentliche Protestversammlungen stattfinden, werden ersucht, vom Parteibureau, Schicklerstr. 5/6, in der Zeit von 10 bis 5 Uhr, die Plakate abholen zu lassen.
Die Geschäftsleitung.

Preßkommission. Nächste Sitzung am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr, in der Buchhaltung „Freiheit", Breite Str. 8/9.

Wohnungsnot und Mietssteuer

Zu unserer Notiz in Nr. 334 der „Freiheit" über „steigende Wohnungsnot" in München, wird uns geschrieben: „Diese Notiz ist geeignet, Verwirrung anzurichten. Von allen möglichen Bauunternehmern, Baumaterialienfabrikanten, Hypothekenbanken und Hausbesitzern wird versucht, die Wohnungsnot für ihre eigennützigen Zwecke auszubeuten. Sie verlangen für Neubauten öffentliche Gelder, um davon möglichst viel in ihre Taschen zu stecken. Ihr viel gefährlicheres Streben geht aber dahin, die Mieten hochzuschrauben. Die Mieten sollen die neu gebauten Häuser „angemessen" verrenten! Die Mieten der alten Häuser sollen auf die Mieten der neu gebauten hinaufgeschraubt werden. Das Reichsarbeitsministerium, das stets mieterfeindlich gewesen ist, betreibt diesen ungemein gefährlichen, wirtschaftlich total verfehlten Plan. Zunächst soll eine Mietsteuer von 30 Prozent (!) auf die Friedensmiete die Summen für Neubauten aufbringen. Diese Mietsteuer, unter dem schönen Titel „Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues", unterliegt augenblicklich der Beratung durch den Reichswirtschaftsrat und muß später durch den Reichstag genehmigt werden. Diese Steuer wird natürlich eine ungeheure Aufregung verursachen. Um sie schmackhaft zu machen, wird jetzt von den beteiligten Kreisen eine systematische Propaganda ins Werk gesetzt, die mit allen möglichen sozialpolitischen Phrasen und Schieberkunststückchen arbeitet. Man hängt der Vorlage ein gleißendes Mäntelchen um, wie Förderung des Wohnungsbaues, Beseitigung der Wohnungsnot usw. In Wahrheit wollen die Bauunternehmer grob verdienen, in Wahrheit wollen die Hausbesitzer das preußische Höchstmietengesetz durchbrechen und die wichtige soziale Idee der niedrig gehaltenen Mieten vernichten. Die Notiz ist ein sehr geschickter Versuch, die öffentliche Meinung zugunsten der Mietsteuer zu beeinflussen. Weitere Versuche werden folgen. Die Blätter aller Parteien, insbesondere die der sozialistischen Presse, sollen für die Zukunft gewarnt sein! Sie sollen alle derartige Notizen, die auf eine Einführung der Mietsteuer oder auf eine Abänderung des preußischen Höchstmietengesetzes durch das Reich hinzielen, mit größtem Mißtrauen behandeln."

Wir hatten die betreffende Notiz nur referierend wiedergegeben, um damit auf die Wohnungsnot hinzuweisen, die überall in Deutschland herrscht. Selbstverständlich machen wir uns die darin ausgesprochene Andeutung, daß durch eine Reichsmietsteuer die Wohnungsnot behoben werden müsse, nicht zu eigen. Im Gegenteil, wir bekämpfen alle dahingehenden Bestrebungen und fordern alle, die diesen neuen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes abwehren wollen, auf, dasselbe zu tun. Auf keinen Fall darf ein solches Gesetz vom Reichstag angenommen werden.

Forderungen der Fachschüler

Die vereinigten Schülerausschüsse der Fachschulen haben sich Dienstag in einer Versammlung mit Forderungen an die Oeffentlichkeit gewendet, die zum größten Teil als durchaus berechtigt anerkannt werden müssen. Ihre Forderungen nach Mitbestimmungsrecht und Vertretung in der städtischen Deputation sind bescheiden, wenn man bedenkt, daß es sich um fast durchwegs erwachsene Leute handelt, die in ihrem Fach der höchsten Ausbildung zustreben. Wir würden selbst ein Mitbestimmungsrecht in der Wahl der Lehrer und Schulleiter für berechtigt halten.

Bedenklich erscheint uns jedoch die Forderung, in der städtischen Verwaltung das Fach- von dem Fortbildungsschulwesen zu trennen. Wir fordern eine solche Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens, daß die Fachschulen als ihre Fortsetzung erscheinen können und eine wirkliche Auslese nach Veranlagung und Fähigkeit den Uebergang in die höhere Schule ermöglicht. Es würde den gesamten Betrieb bureaukratisieren, wenn für jede Fachschule in der Gemeinde ein eigenes Dezernat errichtet werden soll. Die sachlichen Interessen scheinen uns durch ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Lehrer und Schüler genügend gewahrt. In einer von der Versammlung beschlossenen Resolution heißt es:

„Um der von der Reichsschulkonferenz geforderten Kulturgemeinschaft der Lehrer und Schüler den Boden zu ebnen, ist die neue preußische Schulordnung unbedingt entsprechend abzuändern. Die Fachschüler haben ein Anrecht darauf, als erwachsene Menschen behandelt zu werden. Daher soll die neue Schulverwaltung Berlins die Vertreter der Schülerschaften zur Mitarbeit in der Deputation und in den Kuratorien heranziehen, damit das Vertrauensverhältnis zwischen Leitung und Schülerschaft, die wichtigste Grundlage nutzbringender Arbeit, geschaffen werde. Die Konferenz verspricht sich nur dann eine Besserung der bestehenden Verhältnisse, wenn die Landesaufsicht in Preußen beruflich hervorragenden praktisch oder künstlerisch tätigen Fachleuten übertragen wird."

Gottesdienst und Menschendienst

Ein Leser schreibt uns: Während der letzten großen Friedensdemonstration haben sich zwei Dutzend fromme Schäflein durch Hintertüren aus dem Dom ins Freie gedrückt, wahrscheinlich, weil sie den Anblick der roten Fahnen nicht ertragen konnten, die zur gleichen Zeit im Lustgarten über den vielen Tausenden zu sehen waren, die dort ihre Andacht für den reinsten Menschengedanken, für die internationale Solidarität abgehalten haben. Das wäre weiter nicht zu erwähnen, aber die Sache hatte noch eine Nachwirkung. Vorrechte machen in den meisten Fällen frech.

Daß die zwei Dutzend alter Weiber den riesigen prunkvollen Dom zur Verfügung haben, der ihnen noch dazu von Staatsgeldern erhalten wird, daß sie trotz der riesigen Menschenmassen unbehelligt in den Dom gelangen konnten, da die Treppe von Ordnern für Kriegsbeschädigte und Kirchenbesucher freigehalten wurde, schien ihnen nicht zu genügen. Zwei Tage nach der Demonstration wurde eine Polizeiverordnung veröffentlicht, in der es heißt:

„Oeffentliche Aufzüge und Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen .... sind verboten, wenn sie geeignet sind, den Gottesdienst unmittelbar zu stören."

Der Kontrast ist zu groß. Unter freiem Himmel demonstrieren Hunderttausende für die internationale Verbrüderung und gegen den Völkermord, während im Gotteshaus ebensoviel Dutzende den Pastoren nachlaufen, die im Kriege Gasgranaten und Minenwerfer segneten und die nun wieder ein bißchen Krieg brauchen, weil sie jetzt fast allein in den Kirchen sitzen, während ihnen in der herrlichen Kriegszeit der Staat das für den Massenmord bestimmte Menschenmaterial in den Feldmessen zusammengetrieben hat. Und dann lebte es sich für die Feldprediger — alle standen in Offiziersrang — im Kriege sehr schön und gut: feinstes und viel Essen, und Suff, alle Soldaten mußten den Vertreter Gottes so schön stramm grüßen. Es war eine herrliche Zeit.

Bei solchen Friedenskundgebungen könnte sich eines der frommen Schäflein einmal in die große Menge verirren und das Wort eines Deutschen hören, der da sagte: „Ich hasse jede Gemeinschaft, die kleiner ist, als die Menschheit." Und könnte dann vielleicht auch hören, daß es Gotteslästerung ist, Menschen aus der Kirche in den Kriegstod zu schicken, oder was noch schlimmer ist, zum Töten anzufeuern. Das wäre dann allerdings eine Störung des „Gottesdienstes" und darum will man den Arbeitern die beste Zeit, die für den Menschendienst bleibt, wegnehmen.

Da nach der Verfassung jeder Glaubenszwang verboten ist, wird die Arbeiterschaft auch jede indirekte behördliche Zutreiberei zum Kirchenbesuch abzuwehren wissen. Die Stellvertreter Gottes können dessen versichert sein: auch ihre Stunde wird schlagen — trotz aller Polizeiverordnungen, trotz aller Kreise, die den Standpunkt vertreten: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben", weil sie genau wissen, daß ein frommer, gläubiger Arbeiter das beste Ausbeutungsobjekt ist.

August Franzke, im Nikolaus-Bürger-Hospital in der Gr. Frankfurter Straße, begeht heute den kaum von einer kleinen Zahl von Arbeitern erreichten 80. Geburtstag. Wenige Genossen dürften den Genossen Franzke aus seiner früheren Tätigkeit noch kennen. Ist es ihm doch seit Frühjahr 1914 nicht mehr vergönnt, so mitten in der regen Parteiarbeit zu stehen. Bis dahin hatte der „kleine" Dienstmann, der seinen Posten am Alexanderplatzbahnhof versah, wacker bei fast jeder Kleinarbeit für die Partei mitgearbeitet. Ausgangs der sechziger Jahre unter Schweitzer, dann nach der Einigung 1875 durch all die Jahre des Sozialistengesetzes im alten sechsten, dann vierten, zuletzt lange Jahre im fünften Berliner Kreis sehen wir ihn für die Verwirklichung des revolutionären Sozialismus in den Reihen der Genossen wirken. Im Herbst 1914, wohl dem Parteigetriebe fern, aber doch regen Geistes den Vorgängen in der Partei folgend, die herbeigeführt durch die unglückseligen Verwirrungen der Kriegskreditbewilligung die Kampfesreihen der Proletarier zerriß, war er einer der Ersten mit, der zur oppositionellen Gruppe hielt, dann sofort zur U. S. P. D., der Bannerträgerin des revolutionären Sozialismus, kam.

Wir wünschen dem wackeren Kämpfer von Herzen, daß es ihm vergönnt sein möge sorgenfrei noch recht häufig die Wiederkehr seines Geburtstages zu begehen. Die unverwüstliche, nie erlahmende Kampfesfreudigkeit und die Zuversicht unseres Jubilars auf den Endsieg des völkerbefreienden Sozialismus dürfte aber auch allen unseren Kampfesgenossen ein leuchtendes Vorbild sein.

Die Umgestaltung der Park- und Gartenverwaltungen. Ueber die Fragen der Umgestaltung der Park- und Gartenverwaltungen aus Anlaß der Schaffung von Groß-Berlin, hat in diesen Tagen auf Einladung des Bürgermeisters Dr. Reicke, eine vorbereitende Besprechung zwischen Magistratsvertretern und leitenden Gartenbeamten der Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg und Spandau stattgefunden. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Unterhaltung der überall bestehenden Anlagen in der bisherigen Weise den Bezirken verbleiben und durch ein bei diesen bestehendes Gartenamt wahrgenommen werden müsse, daß dagegen die Umgestaltung und wesentliche Abänderung der bestehenden, ebenso wie die Neuschaffung von Anlagen einem zentralen Gartenamt übertragen werden müsse, das als ausführendes Organ der Hauptgarten-Deputation zur Seite tritt. Um dem fachmännischen Element im künftigen Groß-Berlin den gebührenden Einfluß zu sichern, wurde daneben die Schaffung eines Gartenbeirats empfohlen, der, aus etwa acht Gartentechnikern zusammengesetzt, darunter mehreren leitenden Gartenbeamten von Groß-Berlin, unter Vorsitz des Gartendirektors von Berlin zusammentritt und die Deputation und das Hauptgartenamt in wichtigen Fragen fachmännisch zu beraten hat und dem insbesondere auch die Vorprüfung der Ankäufe für Neuanlagen und der Etats obliegt. Der aus Vorortkreisen angeregte Gedanke, auch die Bearbeitung sämtlicher Angelegenheiten der städt. Friedhöfe, Spielplätze, Kleingärten, Siedlungen der Gartendeputation zu übertragen, erschien angesichts des großen Umfanges der dem neuen Berlin auf diesen Gebieten erwachsenen Aufgaben nicht durchführbar. Dagegen wurde ein besonderer Wert darauf gelegt, daß der Gartenverwaltung bei der gärtnerischen Ausgestaltung und Pflege der oben genannten Anlagen sowie bei der Erschließung der Wälder als Erholungsstätten ein bestimmender Einfluß eingeräumt werde. Der ebenfalls gelegentlich aufgetauchte Gedanke, die Gartendeputation mit der Tiefbau-Verwaltung zu verbinden, ist im Berliner Magistrat niemals erwogen worden, und wurde auch von den hier versammelten Gartenfachleuten als gänzlich unannehmbar erachtet.

Der Bäckermeister Eduard Goldaker, Brunnenstraße 129, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von zwei Wochen von der Mehlzuteilung ausgeschlossen worden.

Jugendweihe in Groß-Berlin. Für die Kinder, die an unseren Jugendweihen teilnehmen, werden drei Vorbereitungsvorträge gehalten. Diese finden statt am Sonntag, den 22. und 29. August, und 5. September, vorm. von 9—11 Uhr, in der Aula der Schule Müller-, Ecke Triftstraße, in der Aula der Schule Pappelallee 41/42 und im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3, oberes Zimmer. Am Freitag, den 27. August, und 3. und 10. September, nachmittags von 4—6 Uhr, in der Aula der Schule Petersburger Straße 4, und Reichenberger Straße 132. Lehrer sind die Genossen Dr. Krische, Lehrer Menz und Bröse, Frau Dr. Krische und Frau Dr. Löwenstein. Der Eintritt zu den Vorträgen ist frei. Die Teilnahme der Eltern ist erwünscht. Die Kinder in den westlichen Stadtteilen nehmen an den Vorträgen im Charlottenburger Volkshaus teil.

Jugendweihe Neukölln. Vorbereitungskursus. Kinder für den 19. September Mittwoch, den 25. August; Kinder für den 26. September Donnerstag, den 26. August.

Erkner. Am vergangenen Donnerstag fand in Brodts Gesellschaftshaus eine von der U. S. P. veranstaltete stark besuchte öffentliche Versammlung statt. „Die Sowjetrepublik im Kampf mit dem Imperialismus und die Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft" war das Thema, über das Genosse Fiege-Stralau referierte. Der Redner geißelte das Verhalten der reaktionären polnischen und französischen Machthaber, hielt aber auch Abrechnung mit den deutschen Konterrevolutionären, die ebenfalls schuld an den kriegerischen Verwicklungen tragen. Schärfste Aufmerksamkeit und Kampfbereitschaft ist heute mehr als je das Gebot der Stunde. An einem einmütig geschlossenen Proletariat muß jeder reaktionäre Ansturm zusammenbrechen. Genosse Fiege erntete reichen Beifall; eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen wurde fast einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Mit einem Hoch auf den internationalen Sozialismus schloß die imposante Versammlung.

Wasserballspiele im Engelbecken. Heute ½7 Uhr: Charlottenburg—Norden, Union—Weißensee, Freiheit—Welle, Neukölln—Lichtenberg. Resultate vom 12. August: Lichtenberg—Freiheit (1:1) 2:1; Welle—Neukölln (0:1) 1:1; Union—Charlottenburg 0:0; Weißensee—Norden (1:0) 2:0.

Für werdende Mütter. Zu der Notiz in Nr. 328 teilt uns die Zentralstelle für Kinderernährung mit, daß es Zusatzbrotkarten für werdende Mütter seit zwei Jahren nicht mehr gebe. Es ist angeordnet worden, daß die alten irreführenden Plakate in den Fürsorgestellen entfernt werden. Dazu ist es unseres Erachtens aber allerhöchste Zeit. Besser wäre es schon gewesen, die Plakate wären geblieben und die werdenden Mütter würden Brotkarten erhalten. Könnten wir vielleicht erfahren, warum diese soziale Maßnahme rückgängig gemacht worden ist?

Aus den Organisationen

1. Distrikt. Am Freitag, den 20. August, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula der Elisabeth-Schule, Kochstr. 65. Ref. des Genossen Alexander Wurm.

1. Distrikt. Kinderschutzkommission. Heute, 7 Uhr, bei Antrick, Köllnischer Fischmarkt 1-2, vorn 2.

2. Distrikt. Räte- und Gewerkschaftskommission. Freitag, 7½ Uhr, in der Schule Ballastraße (Konferenzzimmer).

4. Distrikt. Politische Kommission. Vollsitzung Freitag, 7 Uhr, Schulaula Reichenberger Str. 44-45. Vortrag.

4. Distrikt. Sonntag, den 22., mit dem Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde" nach Königswusterhausen, Zernsdorfer Lanke. Abfahrt der Züge Görlitzer Bahnhof 6.25, 7.50 und 8.50. In Königswusterhausen stehen Führer mit weißer Binde und rotem „N." Am Zernsdorfer Lanke-See gesellschaftliche Unterhaltung, Volkstänze, gemeinsame Spiele, Badegelegenheit.

6. Distrikt. Elternbeiräte. Die Vollversammlung findet nicht am Freitag, sondern am Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17, statt.

8. Distrikt. Donnerstag Sitzung der politischen Kommission bei Rothroff, Rigaer Straße. Vortrag: Der hist. Materialismus. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

10. Distrikt. 1. Abteilung 480.—90. Bez. Donnerstag, Extrazahlabend. Vortrag über Volkswissen und Volksbildung.

15. Distrikt. Freitag, 7½ Uhr, gemeinsame Sitzung der politischen und Agitationskommissionen bei Marz, Oldenburger Str. 10.

17. Distrikt. Bildungskommission. Mitglieder sämtlicher Abteilungen müssen Legitimationskarten zu dem am Sonnabend, 21. August, 6 Uhr, im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße, stattfindenden Vortrag des Gen. Löwenstein bei Gen. Kroll, Utrechter Str. 21, abholen.

Charlottenburg. Räte- und Gewerkschaftskommission. Sitzung am Freitag, 7 Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Lichtenberg. Fraktions- und kommunale Kommission, Nahrungsmittel- und Sozialisierungskommission, Donnerstag, 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 25.

Cöpenick. Freitag, den 20., abends 8 Uhr, im Lokal Zeidler, Müggelheimer Straße 29, allgemeine Funktionärsitzung.

Friedrichshagen. Freitag, 7½ Uhr, in Schröders Festsälen, Friedrichstr. 1[illegible], öffentliche Volksversammlung. Sonntag nachmittag Familienausflug nach Schöneiche bei Mann. Treffpunkt 2½ Uhr hinter dem Bahnhof. — In Kürze beginnt ein Kursus in Redeübung. Um rege Beteiligung der Funktionäre wird ersucht. Meldungen sind baldigst beim Genossen Nawrodt abzugeben.

Neukölln. 16. Bezirk. Zur Beerdigung des Genossen Rademacher treffen sich alle Genossinnen und Genossen um 2 Uhr auf dem Gemeindefriedhof Mariendorfer Weg.

Niederbarnim-Ost. Sitzung der Agitationskommission des Distrikts, der örtlichen Agitationskommissionen sowie aller in der Landagitation tätigen Genossen Montag, 23. August, 7 Uhr, bei Stöber (früher Höhne) in Lichtenberg, Lenbach- Ecke Sonntagstraße. Der bevorstehenden Kreistagswahlen wegen ist vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Bildungskommission Niederschönhausen. Freitag, 7½ Uhr, wichtige Sitzung bei Matthes, Eichenstr. 70. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. 2. Wahlen.

Reinickendorf-Ost. Donnerstag, 8 Uhr, Unterhaltungsabend der Genossin Frieda Winkelmann im Jugendheim. Genossinnen der Kinderschutzkommission und Frauenkommission sind hiermit eingeladen.

Weißensee. Freitag, 8 Uhr, bei Maiche Sitzung der Agitationskommission.

Vereinskalender

Betriebsräte. Heute, 7 Uhr, in den Germaniasälen Versammlung aller auf dem Boden der Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa stehenden Angestellten- und Arbeiterräte.

Arbeiter-Sportkartell Lichtenberg und Umgegend. Heute, 7 Uhr, bei Albrecht, Neue Bahnhofstr. 2, Ausschußsitzung. Jeder Verein muß vertreten sein.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 10 (Textilgroßhandel): Vertrauensleuteversammlung Freitag, 8 Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Fachgruppe 16b 2 (Angestellte des Zeitungsgewerbes): Mitgliederversammlung Freitag, 8½ Uhr, im Gesellschaftshaus, Rosenthaler Str. 36. Fachgruppe 17 2a (Zigarren-Industrie): Versammlung der Angestelltenräte Freitag, 7½ Uhr, Rosenthaler Str. 36.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, ½8 Uhr, in der Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag des Genossen Katz: „Los vom Arzt". — Sonnabend, Nachtwanderung nach Baumwerder. Treffpunkt 9½ Uhr abends, Bahnhof Jungfernheide. Für Nachzügler Sonntag früh 8 Uhr.

Lebensmittelkalender

Weißensee. Lebensmittel: Die Abschnitte 30a—e der Kartoffelkarte verlieren mit Donnerstag, den 19. ihre Gültigkeit. Vom 20. auf Abschnitt 34a—g 7 Pfd. Kartoffeln.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

„Freie Welt"
Heft 31
Die Arbeiter und die Entwaffnung
Preis 60 Pfennig.

Die gute Massary-Zigarette
Classe 30 Pfg.
So überzeugend diese Worte klingen, so überzeugend wirkt die Massary-Zigarette auf den Raucher / Merken Sie sich die beliebten Spezialmarken
Caid 40 Pfg.
Urteilen Sie selbst!

Gänsefedern
füllfertige, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Parge ow
Wriezen 150 Oder.
Kupfer Mk. 11.00
Rotguß Mk. 10.00
Reinzinn bis Mk. 33.00
Moabit, Wiclefstr. Str. 53

Kupfer M. 11,50
Messing . . . 5,75
Blei 2,75
Zink 2,00
Zinn, Quecksilber kauft zu höchsten Tagespreisen
Oderberger Straße 1
Bernauer Straße 98
Lothringer Straße 48
(am Rosenthaler Platz.)

In Kürze erscheint, herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale,
G. SINOWJEW
Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale
40 Seiten
Preis 2 Mk.
Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der KPD., Neukölln, Warthestr. 69, Arbeiterbuchhandlung Berlin, Annenstr. 1, Buchhandlung A. Seehof u. Co., Berlin, Auguststr. 60, sowie an alle Buchhandlungen

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen
Weidenweg 72.
Kupfer . . 12.50
Messing . . . 5.75
Blei, Zink. Rotguß
Schönhauser Allee 80
am Bhf. Schönhauser Allee.

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen Nickel, Linienstr. 30

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher, usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.
Kupfer 12.—, Messing 5.50, Zinn bis 35.—, Blei 3.20
Neue Hochstraße 38.